

INTERIM

auswärts
3 DM

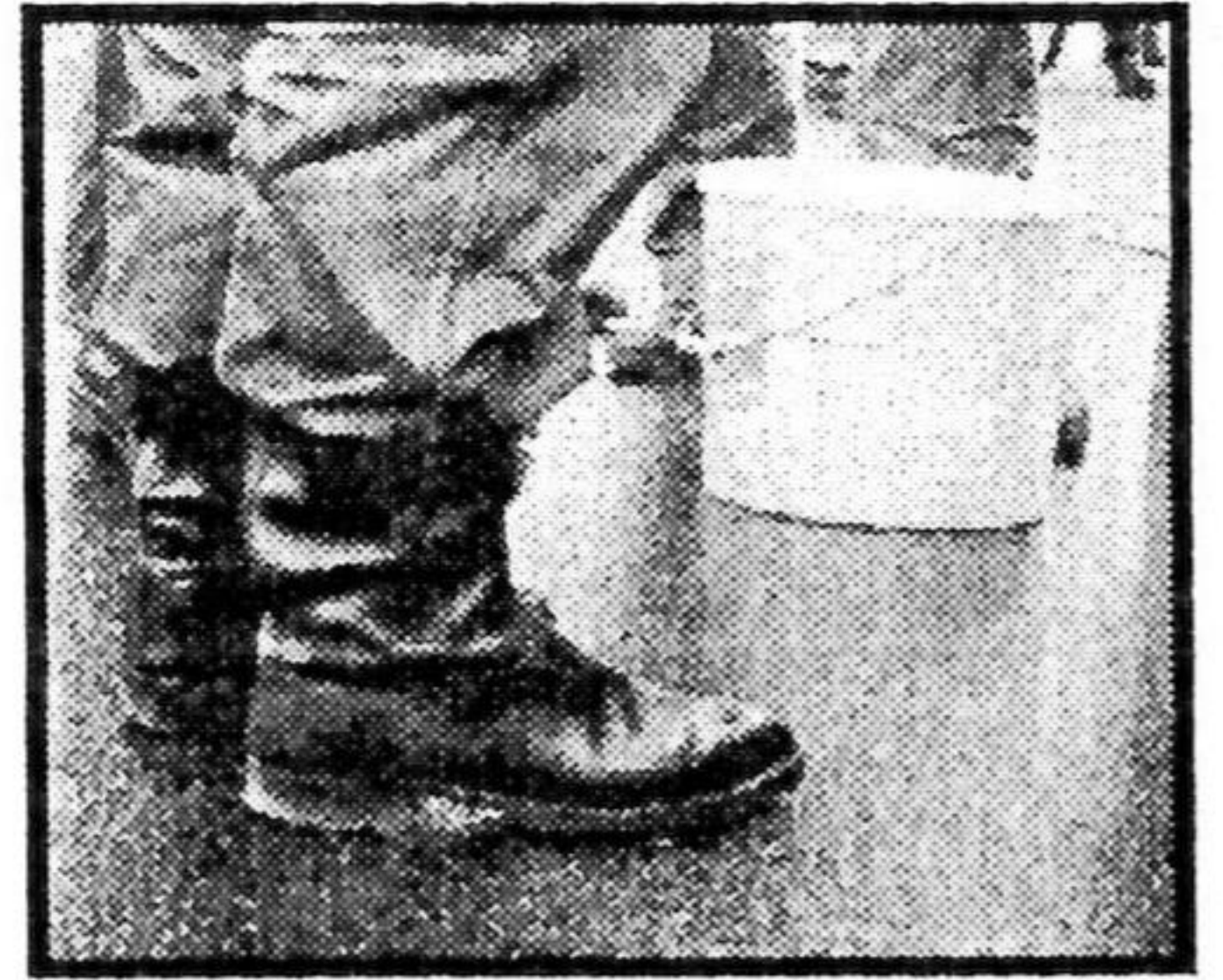
Wöchentliches Berlin-Info

29 DM

1950
Es ist nun einmal so, daß dort
wo Muß ist, Rufen sinkt und daß
dort wo Verwahrlosung herrscht
Gesindel ist. Da muß in der
Stadt beseitigt werden!
Killer, Mörder, Lügner,
Kriminelle, etc.

Ratten aller Länder vereinigt euch!

Neulich in der Manteuffelstraße...



Ordner:

Artikel aus der Saarbrücker Zeitung/
Überwachung d. Infoladens Bambule
Flugi zum Nazi-Aufmarsch am 1. März in München
Anzeige aus der JF zur Gründung der ALSO
(siehe auch im Heft)
BP zum 1. Mai
Zur Anklage gegen die ORAI in Italien

Inhalt:

- 03 Walpurgisnacht Demo
- 04 1. Mai VV Aufruf
- 05 Aufruf für schwulen Block 1. Mai Demo
- 06 Protokoll der 1. Mai Vorbereitung (Hut ab!)
- 07 Antifa-Mobilisierung zum 1. Mai
- 08 Cafe in der Köpi
- 09 Zur Situation von Mumia Abu-Jamal
- 10 eure autonomen Sanis
- 11 Castor-Debatte
- 14 Castor-Technix
- 15 Haus der Demokratie
- 16 1. Mai Demo Freiburg
- 17 Der EA informiert
- 19 Demo gegen die DUR am 3. Mai
- 23 Kampagne gegen die "Hetendorfer Tagungswoche"
- 25 Debatte über autonome Politik...
- 31 Termine

Impressum:

Herausgeberin:

Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: ebenda

J. L. S. d. P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:

Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der AbsenderIn, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile und nur sie der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Zuerst einmal die schlechte Nachricht: Die Junge Union hat ihre Anti-Gewalt-Demo für den 27.4. leider abgesagt. Schade! Wäre eine nette Abwechslung und Aufmunterung in den vor-dem 1. Mai-Diskussionen gewesen.

Die gute Nachricht: Die Faschos erledigen sich jetzt selber. Weiter so Deutschland! Termine, Infos, Feten Telefonnummern etc. zum 1. Mai findet ihr auf den nächsten Seiten im Heft. Obacht, nicht alle Termine sind auch nochmal auf der Terminseite. Zum Fest auf dem Mariannenplatz haben uns leider keine neuen Infos erreicht, daher nur nochmal der Aufruf aus dem letzten Heft.

Geärgert haben wir uns über den Beitrag der Demo-Sanis zu den Aktionen im Wendland. ER IST IM Ton doch ziemlich besserwisserisch und unsolidarisch abgerotzt. Wir fänden es schade, wenn so wichtige Kritik an schlecht gelaufenen Aktionen nicht zu einer solidarischen Diskussion führt. Ähnlich ging es uns mit den "Impressionen vom Castortransport" in der letzten Nummer. Literarisch zwar hochwertiger, aber im Fazit "Laßt uns hier abhauen!" auch nicht gerade ein Beitrag zur Perspektive autonomer Politik.

Besser gefällt uns da schon das Fazit des AOK zum 1. Mai:... wenn wir dort nicht tanzen dürfen, dann ist dies nicht unser 1. Mai. In diesem Sinne: Nazi-Aufmarsch verhindern - überall!



UMBRUCH

Bildarchiv, Eisenbahnstr. 4, Tel. 612 30 37

*Kommt alle zur
Walpurgisnacht - Frauen Lesben Mädchen - Demo
am 30.4.1997 um 18 Uhr
ab Sophie-Charlotte-Platz (U2)*

Themenswerpunkte dieses Jahr sind :

- 20 Jahre Notruf für vergewaltigte und belästigte FrauenLesben und Mädchen
- § 19 Ausländergesetz - eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen
- Mißbrauch mit dem Mißbrauch und was die Gegenbewegung bewegt
- Gewalt gegen Lesben
- Gewalt an illegalisierten Frauen

Nach 20 Jahren Notruf- Arbeit ist das Thema Gewalt gegen Frauen so aktuell wie eh und je. Gewalt gegen Frauen hat viele Formen : Gewalt in der Ehe, sexueller Mißbrauch an Mädchen, Gewalt gegen Lesben, rassistische Gewalt, Gewalt gegen „behinderte“ Frauen, Vergewaltigung, § 218, Konditionierung durch Erziehung und Psychiatrie, strukturelle und institutionalisierte Gewalt,...

Obwohl es Projekte gibt, die sich parteilich für FrauenLesben und Mädchen um Aufklärung und Öffentlichkeit bemühen , bleibt die große öffentliche Empörung aus : Z.B. ist Gewalt gegen Lesben erst seit kurzer Zeit Thema - und auch das in erster Linie als antihomosexuelle Gewalt und da wiederum an zweiter Stelle hinter antischwuler Gewalt.

Sexuelle Gewalt ist in jeder Form immer noch erschreckend normal. Frauenhäuser, Zufluchtswohnungen, Notrufe, Wildwasser u.a. versuchen mit geringen finanziellen und personellen Mitteln, die vielfältigen Folgen sexueller Gewalt aufzufangen. Während auf der einen Seite Teilerfolge sichtbar werden - die meisten Menschen können sich z.B. mittlerweile unter „sexuellem Mißbrauch“ etwas vorstellen - sehen wir uns

auf der anderen Seite mit dem sogenannten Rollback konfrontiert : VertreterInnen der Gegenbewegung „Mißbrauch mit dem Mißbrauch“ wie Katharina Rutschky und Reinhard Wolff treten auf Kongressen und in wissenschaftlichen Veröffentlichungen auf. Sie verleugnen und verharmlosen sexuelle Gewalt an Kindern und Frauen und greifen o.g. Projekte an. Sie versuchen, die von sexueller Gewalt Betroffenen direkt oder indirekt zu verunsichern. Ihr Gedankengut fällt in der Öffentlichkeit auf fruchtbaren Boden, da die Auseinandersetzung vielen zu unbequem und schmerzhaft ist und die Normalität der Machtverhältnisse in Frage stellt.

Gesetzesentwürfe wie die „Versöhnungsklausel“ und angedachte Änderungen im Sorgerecht festigen das patriarchale Familienkonstrukt und erleichtern Vätern/Ehemännern den Zugriff auf „ihre“ Frauen und Töchter. Das gleiche gilt für §19 des rassistischen Ausländergesetzes, der Frauen, die über eine Heirat nach Deutschland kommen, erst nach vier Jahren ein vom Ehemann unabhängiges Aufenthaltsrecht zugesteht. D.h. daß selbst Frauen, die vor ihren gewalttätigen Ehemännern in ein Frauenhaus flüchten, ihren Aufenthalt in Deutschland gefährden, wenn sie noch nicht vier Jahre mit dem Ehemann zusammengelebt haben. Andererseits haben Frauen, die legal in Deutschland leben wollen, kaum eine Wahl, als sich in diese unsichere Situation zu begeben. Das Recht auf Asyl ist praktisch abgeschafft, und frauenspezifische Fluchtgründe werden in der Regel nicht anerkannt. Die repressive Gesetzgebung treibt viele Frauen in die Illegalität. Neben der ständigen Angst vor Ausweisung sind illegalisierte in ungeschützten Arbeitsverhältnissen wiederum Ausbeutung und sexueller Gewalt ausgeliefert.

Das nehmen wir nicht hin !

*FrauenLesbenMädchen, tragen wir unsere Wut auf die Straße !
Never give up !*

Hallo "Linksradikale aus dem Prenzlauer Berg" !

Seit Beginn der Neuen Frauenbewegung (1967/68) ist die Walpurgisnacht ein lustvoller Kampftag von FrauenLesbenMädchen, der sich gegen Gewalt gegen FrauenLesbenMädchen richtet.

Uns ärgert, mit welcher Selbstverständlichkeit dies von Euch übergangen wird. Nicht mit einem Wort wird in eurer "heldenhaften" Geschichtsschreibung (vgl. Interim Nr.415) erwähnt, daß u.a. in Berlin (West) in der Walpurgisnacht schon seit Ende der 60er Jahre regelmäßig eine FrauenLesbenMädchen-Demo gegen Gewalt gegen Frauen stattfindet. Hingegen wurde das Walpurgisfest auf dem Kollwitzplatz 1990 zum ersten Mal gefeiert - von Frauen als Hexenfest organisiert, ansonsten aber eine gemischte Veranstaltung. Seit der Räumung des Festes 1995 wird die Walpurgisnacht plötzlich als Kampftag der männerdominierten Linksradikalen beansprucht.

Wir finden es total nervig, wie ihr versucht einen traditionellen FrauenLesbenMädchen- Kampftag an Euch zu reißen. Wir erwarten von linksradikalen Zusammenhängen Solidarität und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt gegen FrauenLesbenMädchen. Das mindeste wäre, daß die FrauenLesbenMädchen-Demo in der Walpurgisnacht bei Euch Erwähnung findet und solidarisch unterstützt wird.

Sonst unterscheidet ihr Euch nämlich in dieser Hinsicht nicht von der *Jungen Union*, die sich mit ihrer "Anti-Gewaltdemo", nur auf die "Randle" am Kollwitzplatz bezieht.

KAMPF DEM SEXISMUS IN DEN EIGENEN REIHEN !!!

Die FrauenLesben der Vorbereitungsgruppe der Walpurgisnachtdemo

Einladung des 1.Mai-Bündnisses Rosa Luxemburg-Platz zur VV im Mehringhof

Hallo liebe Leute...

es ist wieder soweit, bald steht der „revolutionäre 1.Mai“ ins Haus, und ihr seid herzlichst zur Vollversammlung unseres Bündnisses eingeladen.

Das Treffen ist für alle Gruppen und Einzelpersonen (Spitzel selbstredend ausgeschlossen) offen, um über Inhalte, Demoroute, Ablauf der Demo usw. usf. zu reden. Große inhaltliche Einflußmöglichkeiten habt ihr bedauerlicherweise für dieses Jahr eh nicht mehr, da die Vorbereitungen so gut wie abgeschlossen sind.

Trotzdem freuen wir uns über konstruktive Kritik und Verbesserungsvorschläge.

Wir fänden es außerdem sehr begrüßenswert, wenn wir uns alle gemeinsam über das geplante „Demokonzept“ unterhalten könnten, um ein möglichst geschlossenes Handeln zu ermöglichen und auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein.

Also: Erscheint zahlreich und macht euch vorher schon mal so eure Gedanken zur VV am Montag, den 28.04. im Mehringhof (Versammlungsraum) um 20.00 Uhr.

In diesem Sinne:

Zusammen kämpfen!

Gegen Ausbeutung und Unterdrückung!

Es gibt keine Alternative zur Revolution!

Heraus zur Vollversammlung im Mehringhof (Versammlungsraum)!

Und dann natürlich auch zur 1.Mai-Demo um 13 Uhr ab Rosa Luxemburg-Platz !

Herzlichst,
euer Demobündnis Rosa Luxemburg-Platz

Für einen schwulen Block auf der 1. Mai-Demo!

Nazis können offen auf der Straße marschieren. Der Schein des sozialen Ausgleichs wird über Bord geworfen und durch die Arbeits- und Leistungsgesellschaft ersetzt. Frauenpolitik wird pervertiert und im Rahmen des patriarchalen Rollbacks ein Loblied auf die Familie geschworen. Die Abschiebemaschinerie geht sukzessive und ruhig ihren furchtbaren Gang. Die Linke ist klein und nahezu partikular. Ritualisierte Tradition bleibt dennoch erhalten. Der 1. Mai bricht heran, schwarz gekleidete Männlichkeit dominiert auf Plakaten und Flyern. In einer Selbstherrlichkeit, wie kurz vor der Revolution stellen sie sich da, als weiße Männer; Macker. Leider wird dieser Männermythos im Rahmen der Vorbereitung nur bedingt hinterfragt. (Von den dogmatischen Kommunisten schweigen wir ganz).

Links hieß immer Emanzipation von den Fesseln der Unterdrückung. Jedoch war es häufig notwendig, darin die Differenz zu betonen, um auf die blinden Flecken (Subsumierung unter irgendeinen Hauptwiderspruch) aufmerksam zu machen.

Den Unterdrückungsformen von Familie, „Rasse“, Klasse, Nation und Geschlecht heißt es offensiv entgegenzutreten.

Gegen Männerherrlichkeit und Unterdrückung mit dem Pumps und Handbags auf die Straße.

Rein in den Schwulen Block auf der 1. Mai Demonstration
am Rosa Luxemburg-Platz, 13 Uhr.

fantasyful outfit welcome

einige linke Schwule, Autonomes Schwulen-Referat ASL FH, u.a.



Protokoll des 1. Mai Vorbereitungstreffens vom 20.4.1997

→ **Mobilisierung:** ...funktioniert ganz OK - daher tagt diese AG nicht mehr. ☺

→ **Finanzen:** Tja, wir brauchen immer noch viel Geld !⊗ (na`wer braucht dat nicht ?)

→ **Presse:** Hier kam es zu einigen längeren Diskussionen um die inhaltlich Form der Pressekonferenz und unser Verhältnis zur O-Platz Demo. Die AG trifft sich in der Woche noch einmal um diese Sachen auszudiskutieren. ☺

→ **DemotechniX:** Wir brauchen noch immer dringend Leute die Aufgaben bei der Demo übernehmen. Insbesondere Sanis fehlen immer noch. ⊗

- Das „unabhängige Antifa-Plenum“ beteiligt sich nun an der Vorbereitung der Revolutionären 1. Mai Demo des Rosa-Luxemburg-Bündnisses. Sie begründen das u.a. damit das die Demo und das R-L-Bündnis durch die Teilnahme des AOK erheblich an Attraktivität gewonnen habe.

- Die Diskussion um den Spruch auf dem 2. Leittranspie - das an der Demospitze auf Stangen getragen werden wird - wurde fortgesetzt.

Der Spruch auf dem Stangantranspie „Wenn ich hier nicht tanzen darf ist es nicht meine Revolution“ (Emma Goldmann Zitat) wurde von vielen Gruppen abgelehnt.

Sie begründeten diese Ablehnung damit das ihnen das Zitat für ein Leittransparent aus verschiedenen Gründen ungeeignet erscheint.

Es kam zu einer langen Diskussion in der die Gruppe die auf dem Transpie besteht knallhart ihre Position verteidigte. Schließlich stimmten die anderen Gruppen zähneknirschend dem Slogan zu.

- Der Punkt Demoroute wurde anschließend noch heftiger diskutiert.

Einige Gruppen hielten an ihrem Konzept die Demo durch P'berg zu führen fest - während andere Gruppen unbedingt nach Mitte und (auf Grunde des bekannten Szene-Streites) nicht nach Prenzlauerberg wollten.

So nun gab's n'richtig nervige Diskussion die sich fast über zwei Stunden hin zog.

Als Viele schon am verzweifeln waren konnte sich das Bündnis dann doch noch irgendwie auf eine Kompromißstrecke einigen.

Die Demo beginnt am R-L-P und geht dann durch Mitte und endet in P'berg am Rosentaler Platz.

★ R-L-Platz Bündnis

ENDLICH DURCHBLICK!

1. Klarstellung

Um Klarheit über die Position der Humannplatzfestvorbereitung zu schaffen und den Spekulationen ein Ende zu bereiten, stellen wir hiermit fest:

- es gibt innerhalb der Vorbereitung unterschiedliche Positionen zu den verschiedensten Demos und Aktivitäten am 1. Mai in Berlin, diese Positionen werden von den Vertretern der einzelnen Gruppen auch artikuliert- jedoch nicht als Festvorbereitung
- DIE Festvorbereitung ruft nicht zu dieser oder jener Demo auf, sondern organisiert das Fest auf dem Humannplatz

2. Klarstellung

Die Vorwürfe gegen den Vertreter, auf den sich das kritische Papier in der INTERIM 416, Seite 11, bezog, wollen wir hiermit richtig stellen.

Die Person nahm an den Treffen der Demovorbereitung R.-L.-Platz als Vertreter der Humannplatzfestvorbereitung teil, um die Zusammenarbeit von Fest und Demo bezüglich eines Naziaufmarsches mitvorzubereiten.

An der späteren Diskussion beteiligte er sich jedoch als Einzelperson, worauf er bei Beginn auch mehrmals

explizit hingewiesen hatte. Der Vertreter behauptete dabei auch nicht, daß die Festvorbereitung eine Demoroute durch Prenzlauer Berg einstimmig begrüßen würde.

Das geteilte Meinungsbild innerhalb der Vorbereitungsgruppe bezüglich der Route wurde von ihm

klar dargestellt.

Zur aktuellen Situation von Mumia Abu-Jamal /Stand: April 1997

- Infos vom Autonomen Mumia Solikomitee Berlin

Der nächste Hinrichtungsbefehl steht bevor - Ende Februar hat Pennsylvanias Oberster Gerichtshof Mumia Abu-Jamal eine mündliche Anhörung über seinen Wiederaufnahmeantrag verweigert
Eine neue Zeugin bestätigt Polizeimanipulationen

Mumia Abu-Jamal ist ein afroamerikanischer Journalist, ex-Black Panther und Todesstrafegefangener. Durch seine Mitgliedschaft bei den Black Panthers in den 70er Jahren und seine kritische Berichterstattung in den 80ern über rassistische Polizeibrutalität in Philadelphia, war Mumia seit seiner Jugend Ziel staatlicher Repression. Im Juli 1982 wurde er nach einem rassistischen Schauprozess wegen angeblichen Polizistenmordes zum Tode verurteilt.

Seitdem kämpft er um sein Leben und um ein neues Gerichtsverfahren. Im Juli 1995 hatte Pennsylvanias Gouverneur Thomas Ridge einen Hinrichtungsbefehl für Mumia unterzeichnet und das Hinrichtungsdatum auf den 17. August 1995 festgelegt. Durch eine breite internationale Mobilisierung gelang es, eine Aussetzung des Hinrichtungsbefehls zu erreichen. Aber der zuständige erstinstanzliche Richter Albert F. Sabo lehnte Mumias Antrag auf ein neues Verfahren im September 1995 ab. Kurze Zeit später gingen Mumias Anwälte vor dem Obersten Gerichtshof von Pennsylvania gegen diese Entscheidung in Berufung.

Die ablehnende Entscheidung des Obersten Gerichtshofs

Lange Zeit hüllten sich die sieben Richter beim Obersten Gerichtshof über Mumias Berufungsantrag in Schweigen. Sie machten allerdings durch Vorentscheidungen deutlich, daß sie Mumias EntlastungszeugInnen keinen Glauben schenken. Am 27. Februar 1997 erließ der Oberste Gerichtshof dann eine Entscheidung, daß Mumia keine mündliche Anhörung in dem Berufungsverfahren haben wird. Mumias Anwälte hatten eine mündliche Anhörung beantragt, weil sie gehofft hatten, dem Obersten Gerichtshof dadurch noch

einmal die über 500 Seiten an neuen Beweisen zugunsten von Mumia erläutern zu können. Die Entscheidung des Obersten Gerichtshof ist wegweisend: Es ist davon auszugehen, daß der Oberste Gerichtshof in nächster Zeit den gesamten Antrag Mumias auf ein neues Verfahren ablehnen wird. Für diesen Fall hat Pennsylvanias Gouverneur Thomas Ridge schon angekündigt, daß er einen neuen Hinrichtungsbefehl unterschreiben wird.

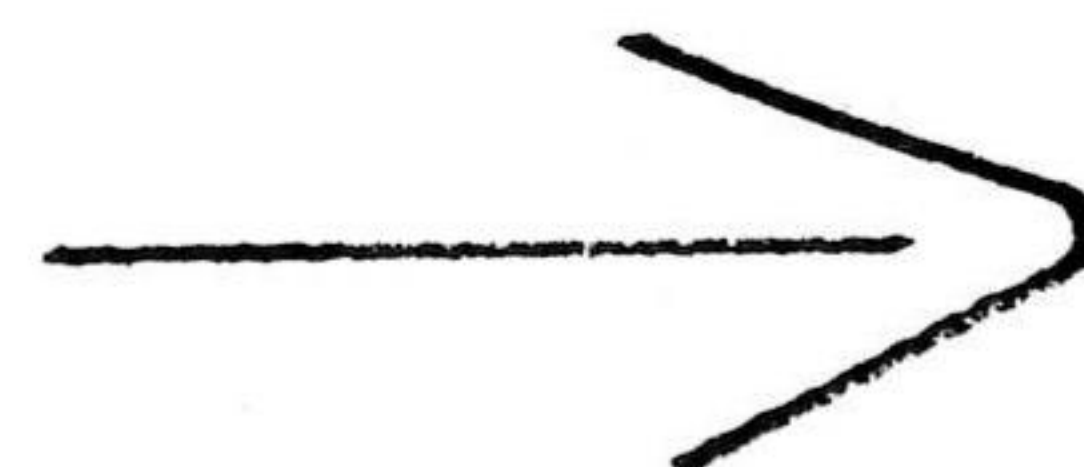
Mumias Haftbedingungen

Parallel dazu ist Mumia momentan extrem harten Schikanen seitens der Knastleitung ausgesetzt. Mehrere BesucherInnen wurden von der Besuchsliste gestrichen, seinem Zivilrechtsanwalt wurde die Besuchserlaubnis verweigert, Mumia wurde angedroht, daß er seine Haare abschneiden müsse etc. ... Wahrscheinlich soll Mumia damit für die Veröffentlichung seines zweiten Buchs "Death Blossom" bestraft werden.

Eine neue Entlastungszeugin

Im März 1997 hat Mumias Verteidigung dann eine neue Entlastungszeugin gefunden. Pamela Jenkins, eine ehemalige Prostituierte, bestätigte wie auch schon eine andere Entlastungszeugin im Herbst letzten Jahres, daß sie von der Polizei massiv unter Druck gesetzt worden war, um 1982 im Verfahren gegen Mumia auszusagen. Obwohl Pamela Jenkins in der Nacht vom 9./10. Dezember 1981 die Ereignisse, die zu Mumias Verhaftung führten, überhaupt nicht mitbekommen hatte, weil sie in der fraglichen Zeit nicht gearbeitet hatte, wollte die Polizei von ihr eine Aussage, die bestätigen sollte, daß Mumia den Polizeibeamten erschossen hatte.

**Bundesweites Spendenkonto: Sonderkonto
M. Abu-Jamal/Archiv 92, BfG Bank
Bremen, Kto-Nr. 100 873 867 1, BLZ 290
101 11**



Pamela Jenkins weigerte sich, diese Aussage zu machen. Allerdings half sie der Polizei für die Zahlung von \$ 150 Dollar, eine weitere Prostituierte ausfindig zu machen, die dann als Hauptbelastungszeugin gegen Mumia im Prozeß auftrat.

Unsere Soliarbeit

Die vermeintlich ruhige Phase nach dem Sommer 1995 ist mit der Entscheidung des Obersten Gerichtshof zuende gegangen. Das bedeutet auch, daß der Winterschlaf in der Soliarbeit für Mumia zuende gehen muß.

In Paris und in Marseille sowie in Italien hat es in den letzten Wochen als Reaktion auf die Gerichtsentscheidungen Kundgebungen vor US-Konsulaten gegeben. In Berlin hat das Autonome Mumia Solikomitee deshalb am 21. März eine Kundgebung vor dem US-Konsulat gemacht, an der sich trotz superschlechtem Wetter immerhin 50 Leute beteiligt haben. Das war sicherlich nicht das letzte Mal, daß wir beim US-Konsulat waren und vielleicht werden es ja beim nächsten Mal wieder mehr Leute. Die Kundgebungen sind Teil der internationalen Solidaritätsaktivitäten, um doch noch Druck auf den Obersten Gerichtshof von Pennsylvania auszuüben und Mumia zu zeigen, daß er nicht alleine ist.

Und abschließend noch einige Worte zu den Mumia-Aktionstagen des 1. Mai Aktionstage Organisationskomitees:

Wir als Autonomes Mumia-Solikomitee Berlin haben uns entschieden, **nicht** mit dem 1. Mai Aktionstage Organisationkomitee zusammenzuarbeiten und beteiligen uns daher auch nicht an den Aktionstagen. Der Grund dafür besteht darin, daß in diesem 1. Mai Aktionstage Organisationskomitee in erster Linie die RIM bzw. die "Revolutionären Kommunisten" (RK) aktiv sind. Wir lehnen eine Zusammenarbeit mit Stalinisten und Organisationen ab, die "Sendero Luminoso" verteidigen. Darüber hinaus halten wir es für die klassische Strategie der RKs, sich an scheinbar "populäre" Themen dranzuhängen, um damit ihre eigene Organisation aufzubauen

**Autonomes Mumia Solikomitee, c/o
Antirassistische Initiative, Yorckstr. 59,
10965 Berlin, Tel.: 030-7857281**

Mumia freut sich über Post:
Mumia Abu-Jamal AM 8335
SCI Greene
1040 East Roy Furman Highway
Waynesburg, PA 15370-8090, USA

Fangen wir 'mal mit unserer kleinen Negativbilanz an:

Schwachsinn (ohne Kommentar)

- Anstecken von Rübenmieten/ Heu
- Fallen (Löcher), Fuß- und Halsangeln (Fäden) im Wald
- Mollis in Sitzblockade werfen
- Steine auf Sitzblockierer, auf dem behelmter(d.h. geschützter) Bulle liegt

Bitter

- nach einer vermißten,verletzten Frau wird erst 12 Stunden später gefragt
- mehrere 100 Autonome flüchten panisch vor 20 Bullen
- gegenseitiges Übertrampeln
- im Stichlassen von 10 eigenen Leuten + 2 Sanis
- 2 schwerverletzte Sanis, einer festgenommen,über Stunden mißhandelt + Verfahren, keinerlei Verhalten oder wenigstens Nachfrage

Politik oder was ??????????

- martialisches Outfit (de facto nix dahinter,also nur optische Abgrenzung von den „Anderen“)
- konspiratives Gehabe versus kluger Ansagen/Absprachen bzgl. Waldaktivitäten
- Überheblichkeit gegenüber sogenannten Gewaltfreien und ansässiger Bevölkerung

Fazit

- Respekt vor persönlichem Mut großer Teile der Gewaltfreien sowie der aktiven Landwirte, die ihre Aktionen konsequent durchgezogen haben
- Miliz der Autonomen scheint nur in den Hetzartikeln der FAZ stattzufinden, in der Realität erlebt mensch im März '97 eine Model-Show der Haßkappen

Wir haben die vage Hoffnung, daß unser Negativbild der autonomen Castor-Aktivitäten nicht vollständig ist und zumindest durch Aktionen-die uns entgangen sind-relativiert werden könnte.

So geht's jedenfalls nicht, let's talk about it...

Betr. CASTOR

Hau weg den Scheiß
-eine Danksagung

STOPT DIE BAHN - STOP DEN CASTOR

in **Swing** Nr.81 und **Interim** Nr.392

Wir fanden eure Aktion gut! Denn wo einerseits Hakenkrallen krallen in den Leitungen des Kapitals (was auch die BKA'ler dazu brachte, eine terroristische Vereinigung zu suchen)

...krallt sich andererseits euer bemerkenswertes Kommuniqué in unseren Gehirnwindungen fest...

Wir haben mit unterschiedlicher Begeisterung dieses mehrseitige Papier gelesen:

Einige waren erstmal überrascht, da es wenig kademäßig und erfreulich selbstkritisch schien. Andererseits haben sich einige von uns geärgert:

"das ist alter Vino in neuen Flaschen....."

Daraufhin haben wir das umherschweifende Papier noch des öfteren aufgesammelt und gelesen, und es haben sich in den Gesprächen darüber verschiedene Unklarheiten und Fragen ergeben, denen wir hier versuchen möchten Ausdruck zu verleihen:

1.

Ihr kritisiert die Anti-AKW Bewegung:

"Viele sich anbietende Schnittpunkte zu anderen sozialen Bewegungen, zur Einbettung unseres Kampfes grundsätzlich gegen die herrschenden Verhältnisse fallen weitgehend unter den Tisch. Dies ist Ausdruck von unterschiedlichen politischen Herangehensweisen und Perspektiven, die wir gerne zum Thema machen würden."

Dazu haben wir Fragen:

Welche Schnittpunkte zu anderen sozialen Bewegungen bieten sich für euch an ?

Schnittstelle Obdachlosigkeit, Schnittstelle Bauarbeiterinnen, Schnittstelle ...

Was heißt die "Einbettung unseres Kampfes"?

Ist unser Dilemma nicht eher die Vereinzelung/Isolation unserer politischen Aktionen. Wursteln viele nicht lieber privat, vereinzelt und einzeln vor sich hin, als sich Einzubetten? Wo auch.

Wo die autonome Attraktivität aus Verbissenheit und der zum Teil untergründigen/offenen Festsstellung besteht: du bist nicht so radikal wie wir und gehörst also nicht dazu.

2.

Weitere Eindrücke aus unserer Diskussionsrunde zu euerem umherschweifendem Papier :

Da die Anti-Akw Bewegung eine von vielen Abwehrkämpfen ist in der die Chance besteht, wie übrigens in allen Lebenslagen, auch ein anderes Umgehen miteinander zu leben, hätten wir von euch als Teil der Bewegung lieber was über die Art und Weise der

Umgehensweisen/Auseinandersetzung gelesen.

Eure Auseinandersetzung zum Beispiel *"mit dem aufgeplusterten Gehabe mancher autonomer"* (Männer, nehmen wir an) dokumentiert ihr in zwei Zeilen. Immerhin, und setzt im selben Atemzug zur Kritik an der BI Lüchow-Dannenberg an.

Ihr suggeriert eine Auseinandersetzung wo keine Auseinandersetzung stattgefunden hat.

Damit erübrigt sich die Frage: an welche Grenzen ihr in diesem Kampf in der Anti-Akw Bewegung gelangt seid ?

Nur mit kurzen Stichworten beschreibt ihr anti-imperialistische und anti-patriachale Ansätze und Diskussionen, lasst auch hier nicht durchblicken, wo ihr an diesen Punkten in der Anti-Akw Bewegung ansetzt, bzw. gescheitert seid.

Der frische Wind scheint nur im Auffrischen der Sabotageaktionen zu wehen.

3.

Gibt es keine Alternative für autonome Gruppen, als gegenwärtig daran zu überlegen, wie sie sich im Rahmen der Anti-Akw Bewegung einbringen können ? (Stichwort: autonomer Alltag vs gesellschaftlicher Alltag)

4.

Ihr kritisiert, daß die Wuppertaler Studie *"Zukunftsfähiges Deutschland"* die ökologischen Folgen der Industriepolitik der Länder des Nordens (?) herausarbeitet, aber sonst reichlich naiv ist: *"die Herrschaft von Kapitalismus und Patriachat, die letztendlich erst die ökologische Katastrophe heraufbeschworen hat, wird nicht thematisiert"*. Stimmt! Aber wie wäre eine weniger naive Herangehensweise?

In der ersten Frage ging es um den Zusammenhang in realen Kämpfen. Nun fordert Ihr von anderen eine einheitlichere, weniger begrenzte Analyse.

Uns interessiert auch: Wie geht Ihr da eigentlich ran, welche Position bezieht ihr darin, welche Zeit und welche Kraft, wieviel Energie steckt Ihr da zusätzlich zu Euren Aktionen und Diskussionen rein. Und wie sehen dann die daraus entstandenen ersten Ergebnisse aus ?

Wir finden eure angedeuteten Ansprüche völlig richtig. Was meint ihr mit dem *"völlig neuem Verständnis der Rolle von Wissenschaft und Technik"*. Ihr sprecht dann selbstkritisch von *"unserer Krise zwischen radikaler Kritik und realer Konzeptionslosigkeit"*, wollt ihr den *"Geist des Widerspruchs"* bewahren ? fordert *"offene Kollektivität"*...

aber das klingt uns alles sehr nach Überschriften

Wir sind ganz böse und deshalb fragen wir weiter:

- welche Wege der Analyse habt Ihr ausprobiert ?
- wie waren Eure Ergebnisse und Erfahrungen ?
- auf welche Widersprüche und Unterschiedlichkeiten seid Ihr gestoßen - und wo dran seid Ihr jetzt ?
- warum kommt ihr zu der Einschätzung, daß wir/Ihr mit den Vielen, die sich am Castor Widerstand beteiligen, an anderen Punkten weiterzumachen sein wird - und an welchen Punkten wird das dann sein ?
- warum ist es jetzt anders, als in den letzten Jahren ?
- worin unterscheidet sich ein autonomer Alltag von dem restgesellschaftlichen Alltag

5. Ihr zitiert die revolutionären zellen von Neunzehnhundertachtzig:
 "Es gibt für uns kein hierarchisches System von Aktionen, wo ganz unten das Flugblattverteilen steht, und ganz oben die bewaffnete Aktion" dieses nehmen wir weder den revolutionären zellen noch Euch ab ! Oder wie seid ihr frei von Leistungsdenken geworden, erzählt uns von euren Kämpfen !!
 Seid ihr wirklich so autonom und selbstbestimmt im Denken und Fühlen, das ihr auf den Kern, die "Bewahrung der eigenen Würde" seht, und nicht auf die Form, die Aktion, in der sich dies niederschlägt?
 Bin ich als Flugblattverteilerin laut zitiertem rz-Zitat noch "neben" euch, so bin ich einige Zeilen weiter schon nicht mehr ernst zu nehmen...
 ist hier ein Widerspruch, oder sind **wir** korinthen-kacker?



6. Ihr seht euch als Haufen von Menschen, die weit davon entfernt sind, "Der neue Mensch" zu sein...

weitere Fragen sind uns uns nach vierzig Fässern und tausend Joints Visionengleich erschienen:

- Wollt Ihr dahin "Der neue Mensch" zu werden?
- Wie greift Ihr ein bei Euren Strukturen, euren Persönlichkeiten?
- Wie ist eure neue Sprache, wenn ihr von Zärtlichkeit und Solidarität untereinander und der Entschlossenheit im Kampf für eine menschliche Welt spricht - ist das nicht viel Nicaragua erweitert um "Marco's Würde" - also gerade die Sprache anderer, nicht Eure ?

Wir haben seit dem Erscheinen des Komunikés wohl den Beitrag **"Die Bahn stoppen - die Diskussion weiterführen"** (Interim Nr. 408) gelesen, und möchten an dieser Stelle betonen:

- daß uns ähnliche Gedanken durch den Kopf umherschweifen, wie sie unter anderem im letzten Absatz "Zorn im Blick nach Vorn" beschrieben werden!

Wer sich bishierher durchgewühlt hat, wird nun auf die unvermeidliche Stelle treffen, an der die Autorinnen des Textes sich selbst bezichtigen, auf viele aufgeworfene Dinge unzureichende bis gar keine Antworten zu haben.

Ausdrücklich möchten wir hier auch andere Gruppen und Einzelpersonen auffordern, ihre Gedanken und Erfahrungen, Versuche und Teilergebnisse, in diese Diskussion zu bringen

2. Stellungnahme zum Oberleitungsschlag vom 22.10.96 auf die Strecke Bremen - Hamburg

Liebe Leute,

Angeregt durch die Kritik der Autonomen Gruppe "Kommt die Bahn oder kommt sie nicht" (Interim Nr. 403) an unserer ersten Stellungnahme zu dem Anschlag (Interim Nr. 400), sowie wegen des auch sonst vielfach geäußerten Interesses an den genauen Umständen des möglichen Unfalls, melden wir uns nun nochmal.

Es tut uns leid, daß es so lange gedauert hat, aber es ging diesmal leider aus verschiedenen Gründen nicht schneller. Das soll kein Ausdruck davon sein, daß wir dem Vorfall (ob Unfall oder nicht) keine genügende Wichtigkeit einräumen..

Vorweg: Die geäußerte Kritik an unserer ersten Empfehlung ist natürlich richtig! Wir haben uns damals offensichtlich, aus einer Mischung aus empfundenem Zeitdruck und Verwirrtheit wegen des Vorfalls, zu sehr von einem unbewußten Bedürfnis nach einfachen Löstreiben lassen.

In den vergangenen Wochen haben wir versucht, uns nochmal mit den Gegebenheiten vor Ort zu befassen, um zu klären, welches Teil der Oberleitungsaufhängung so von einer Hakenkralle hätte herabgerissen werden können, daß es den entgegenkommenden Zug getroffen haben könnte. Da wir dabei auf keine besonderen Auffälligkeiten gestoßen sind, haben wir für uns leider noch keine konkreten Anhaltspunkte wie dies genau passiert sein soll. Allerdings halten wir unsere technischen Detailkenntnisse auch für beschränkt.

Aus diesem Grund wollen wir in diesem Schreiben erstmal nur allen ein detailliertes Bild vermitteln, wie es genau vor Ort aussah. Vielleicht lassen sich aus der Erfahrung anderer Gruppen und aus einem Vergleich mit anderen existierenden Aufhängungskonstruktionen irgendwelche Schlüsse ziehen, aus denen dann auch verallgemeinerbare Konsequenzen abzuleiten wären.

An einer Diskussion über solche möglichen Konsequenzen werden wir uns dann auf alle Fälle beteiligen, wir wollen aber die technische Diskussion erstmal abwarten.

Die Bahnstrecke Bremen-Hamburg ist an der Stelle, wo die Hakenkralle plazierte wurde, zweigleisig. Nach ca 1,5 bis 2 Kilometern folgt in Fahrtrichtung ein kleiner Regionalbahnhof, wo sich die Strecke auf 4 Gleise auffächert. Auf dem Weg bis zu diesem Bahnhof gibt es 2 leichte Linkskurven, ansonsten verläuft die Strecke gerade. Leider haben wir keine Informationen, wo sich die beiden Züge genau begegnet sein sollen.

Die ganze Strecke bis zum Bahnhof sind die Oberleitungen "gleisweise" aufgehängt, d.h. sie ist auf jeder Seite an einzelnen Stahlmasten aufgehängt. Es gibt keinerlei Querverbindungen über beide Gleise hinweg zwischen den Masten, auch nicht zwischen den Oberleitungen selbst. Ebenfalls gibt es keine "Diagonalverbindungen" zwischen dem oberen und dem unteren Strang der Oberleitung, sondern lediglich die normalen senkrecht stehenden Verbindungen.

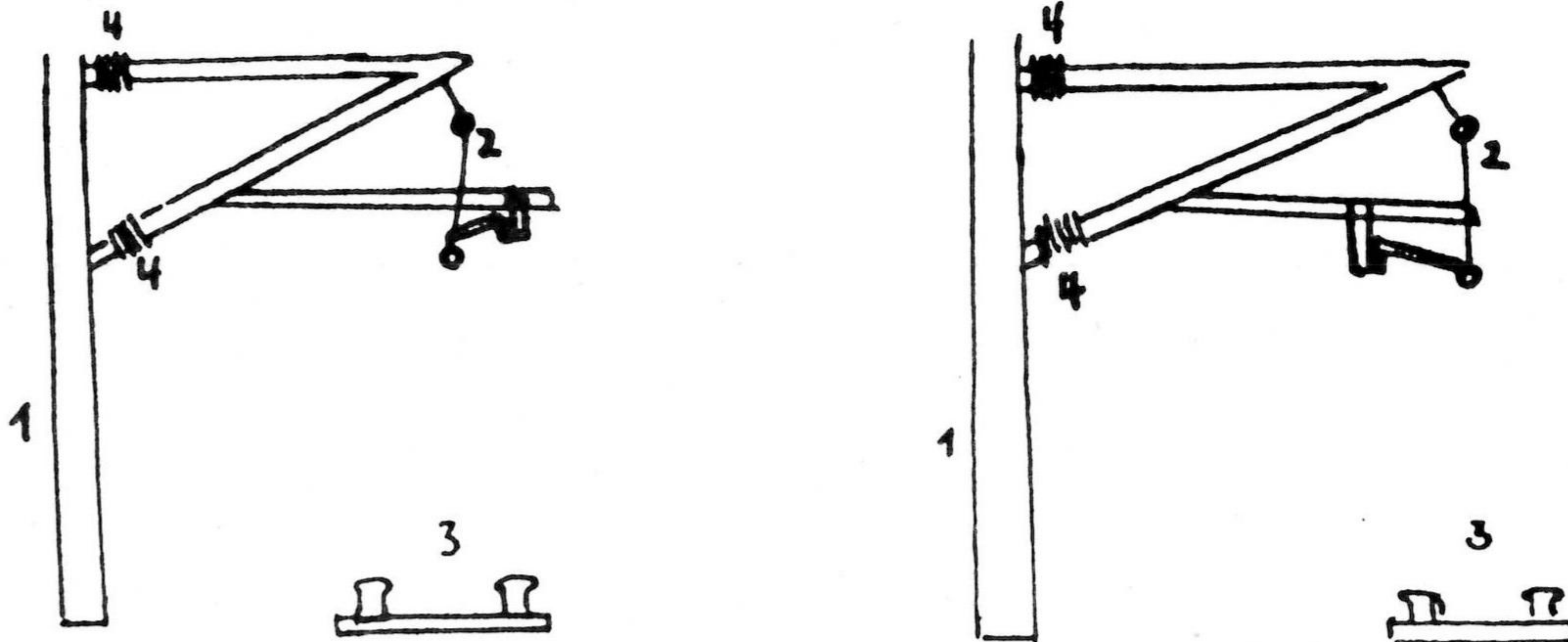
Es gibt weiterhin auf der Strecke bis zum Bahnhof keine Weichen

zwischen den Gleisen. Allerdings wird bei jedem 9. Mast (ca) eine "neue" Leitung eingespannt, so daß an diesen Stellen an 2 oder 3 Masten eine doppelte Aufhängekonstruktion angebracht ist.

Es gibt in diesem Streckenabschnitt bis zum Bahnhof grundsätzlich 2 verschiedene Arten der Befestigung der Oberleitung an den Masten die regelmäßig wechseln. (siehe Darstellung). Im Bahnhofsbereich ändert sich die Art der Aufhängung allerdings. Es gibt dann andere Mastkonstruktionen und ein erhebliches Gewirr aus Querverbindungen und Aufhängeweisen unterschiedlichster Art.

Soweit erstmal. Falls diese Darstellungen für andere Gruppen neue Anhaltspunkte auf Schwachstellen ergeben, sollen sie sich melden, auch, wenn es Erfahrungswerte zur Länge der üblichen Bremswege gibt

Für uns sind inhaltliche oder technische Konsequenzen momentan nur auf der Grundlage von Spekulationen möglich und das ist zu wenig. Ansonsten, viel Spaß beim Tüfteln.



- 1 Mast
- 2 Oberleitung
- 3 Gleis
- 4 Isolator

Alle schraffierten Teile sind sind Metallträger, nicht etwa nur Drähte, wie die Oberleitung selber.

ADB

Anti-Diskriminierungsbüro (ADB) Berlin e.V. - Haus der Demokratie, Friedrichstr.165, 10117 Berlin

An alle Mitmieter und Mitmieterinnen Haus der Demokratie

Wie wir, die Jugendgruppe im Anti-Diskriminierungsbüro(ADB) Berlin e.V. kürzlich erfahren haben, hat sich vor kurzem eine sehr fragwürdige Organisation hier im Haus der Demokratie "eingenistet". Es handelt sich dabei um einen Verein Namens "**ALSO**", deren Interesse sich u.a. darauf richtet, eine "neue Form der politischen Mitbestimmung" zu schaffen. "Daher ist die Schaffung einer Konsultative eines der Ziele der "**ALSO**" für ein neues Eigentums-, Finanz- und Steuerrecht.... "

Das diese Organisation, deren Gründungsmitglied nachgewiesener Weise ebenfalls Gründungsmitglied der Republikaner war und gegenwärtig immer noch Kontakte zur NPD unterhält, scheint die Vorstandsmitglieder des Hauses der Demokratie wenig zu interessieren, auch nicht, daß die beiliegende Anzeige in der als faschistisch bekannte Zeitung "Junge Freiheit" erschien. Wie es aussieht, ist es den Leuten vom Vorstand des Haus der Demokratie egal, welches Licht eine solche Organisation auf dieses Haus wirft. Aber uns ist es nicht egal, und wir hoffen, euch auch nicht.

Aus diesem Grund fordern wir den Rausschmiß von "**ALSO**" aus dem Haus der Demokratie!

Wir hoffen auf eure Unterstützung!

statt arbeit und nation: soziale revolution

16

Same procedure as every year: Auch am diesjährigen 1. Mai ist die gewerkschaftliche Forderung nach Arbeitsplätzen so sicher wie das Amen in der Kirche. Wie sich auch im Kürzel ABM die Widersinnigkeit des Kapitalismus ausspricht, indem eine durch und durch lästige Angelegenheit: Arbeit eben, bei Mangel noch im staatlichen Kraftakt beschafft werden soll, so haben auch die Gewerkschaften nichts anderes im Sinn, als den Fortgang der Ausbeutung zu sichern. Arbeit, oder vornehmer, als wüßte man sonst nichts mit sich anzufangen: Beschäftigung, ist der gemeinsame Grund, auf dem sich ausnahmslos alle bewegen, die in der bürgerlichen Öffentlichkeit noch mitreden wollen, incl. jener Linken, die auch um den Preis der Aufgabe des spärlichen Restverstandes noch vermittelbar bleiben wollen.

Entgegen den Erfahrungen des Booms der 50er und 60er Jahre heißt flotte Akkumulation aber nicht immer auch gleich Vollbeschäftigung. Das sonst notdürftig verdrängte Wissen, daß prinzipiell jeder Einzelne für den Gang der Geschäfte so überflüssig werden kann, wie es große Teile der Weltbevölkerung heute bereits sind, bricht angesichts der Arbeitslosenzahlen offen hervor - was keineswegs zum Ergebnis hat, die Verhältnisse abschaffen zu wollen, sondern der latent immer vorhandenen nationalistischen Orientierung der Gewerkschaften zum Durchbruch verhilft. Sie berufen sich auf den zufälligen Umstand, Untertanen des deutschen Staates zu sein, der mystifizierend zur Nation aufgepumpt wird. Wenn's auf dem Arbeitsmarkt eng wird, appelliert man an den deutschen Staat, der die Unterscheidung zwischen seinen eigentlichen Schäfchen und den bloß Gastrecht genießenden exekutieren soll. "Ich denke sehr wohl, daß wir zu verabredeten Quotierungen im Rahmen eines Einwanderungsgesetzes kommen müssen, um den deutschen Arbeitsmarkt zu entlasten und den sozialen Sprengsatz zu entschärfen" ließ IG Metall-Chef Zwickel Ende Januar verlauten, der seiner Klientel offensichtlich zutraut, den Brand- bzw. Sprengsatz bereits gebastelt zu haben. Der wenig verhüllten Drohung an alle nicht-deutschen ArbeiterInnen folgten Taten, bspw. bei den Bauarbeiterprotesten in Berlin Mitte März, bei dem illegale massiv angegriffen wurden. Der offenkundige Widerspruch im System, Lohnarbeit als einzige Existenzgrundlage zu setzen und gleichzeitig immer mehr Menschen aus eben dieser rauszukatapultieren, wird rassistisch zugekleistert: Die zunehmende Arbeitslosigkeit wird nicht gedeutet als Ausdruck der Möglichkeit, die Arbeit abzuschaffen, sondern führt dazu, sich auf seine Nationalität zu berufen, um noch irgendwo einen Job zu ergattern.

Die jüngsten nationalistischen Attacken von Zwickel & Co. sind dabei kein Verstoß gegen das vermeintliche Prinzip des gewerkschaftlichen Internationalismus, sondern im Gegenteil, Ausfluß der immer schon als deutsche gesetzten Vertretung der Lohnabhängigen, die nicht zufällig DGB heißt. Im Modell der Verhandlung zwischen den Tarifparteien, die Verträge abschließen, ist der Staat als Moderator der Verhandlungen wie Wächter über die Vertragstreue immer schon impliziert, ein Staat, der gezwungenenmaßen sein Staatsvolk zu definieren hat, den Unterschied zwischen deutsch und nicht-deutsch also nur zu gut kennt. Ganz im Gegensatz zum Kapital, dem es einerlei ist, wer sich für seine Profite krankarbeitet, womit Konflikte zwischen Unternehmern und Staat wie im Baugewerbe vorprogrammiert sind. Immer häufiger kommt es zu Konstellationen, in denen das Kapital als vaterlandslos angegriffen wird, sei es wegen der Beschäftigung nicht-deutscher, womöglich illegaler ArbeiterInnen, sei es wegen Produktionsverlagerungen ins Ausland. Wenn das Kapital seinem ureigenstem Prinzip gerecht wird, nämlich soviel Profit wie eben möglich zu machen, sagt der DGB-Vorsitzende Schulte allen den Kampf an, die die BRD in einen "Tempel für Börsianer und Spekulanten" verwandeln wollen. Damit bewegt sich Schulte auf der latent antisemitischen Ebene der Trennung von (Arbeitsplätze) „schaffendem“ und bloß egoistisch „raffendem“ Kapital. In der NS-Ideologie fand dieser falsche Gegensatz seinen konsequentesten Ausdruck: die pseudo-antikapitalistische Agitation gegen die „Wall Street“ ging einher mit dem Lob der deutschen Arbeit. Schulte und seine Gewerkschaften fordern das gemeinwohlverträgliche Kapital, das patriarchal ans Wohlergehen

der dafür auch fröhlich die Kelle schwingenden deutschen ArbeiterInnen denkt. Treten das Verwertungsinteresse des Kapitals und das Interesse der Lohnabhängigen an Arbeitsplätzen auseinander, muß der Staat in die Bresche springen. So im Falle des Kohle-Bergbaus, wo die Lohnabhängigen staatliche Subventionen empfingen. "Es lohnt sich, für seine Arbeitsplätze zu kämpfen, so wie es die Bergleute in demokratischer Art und Weise unter Beweis gestellt haben. Und darauf kann ganz Deutschland stolz sein", freute sich ein IG Bergbau/Energie-Funktionär nach der gelungenen Rettungsaktion für den Kohle-Standort Deutschland.

Insofern man sich durch den Verzicht auf eine systemsprengende Perspektive freiwillig an das Wohlergehen des Kapitals gekettet hat, ist man den immer irrer werdenden Erfordernissen der Kapitalverwertung mit Haut und Haaren ausgeliefert. Der gewerkschaftliche Vorstoß, im nationalen Interesse gemeinsam mit Kapital und Regierung ein "Bündnis für Arbeit" zu schmieden, auf daß die Maloche nie enden möge, ist daher so folgerichtig wie praktisch fatal. Solange ein kapitalistischer Weltmarkt besteht, zeugt es von Realitätssinn, auf diesem bestehen zu wollen und die dafür notwendigen Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen zu schlucken. Seine Ware Arbeitskraft zu verkaufen ist in den bestehenden Verhältnissen die einzige Möglichkeit, am gesellschaftlichen Reichtum teilzuhaben. In immer mehr Regionen wird diese Ware nicht mehr nachgefragt, so daß sich, wie in größten Teilen Osteuropas, eine etwas andere Version der Gesellschaft ohne Ausbeutung ergibt als die, um die es gehen sollte. Es ist daher vollkommen konsequent, wenn die Hüter dieser eigenartigen Ware Arbeitskraft darauf schießen, daß der Abnehmer: das Kapital, im Land bleibt.

Auch die gegen Sozialabbau gerichtete gewerkschaftliche Argumentation, dem Standort Deutschland ginge es doch blendend und die Drohung mit Produktionsverlagerung sei nur Propaganda zur Einschüchterung der Lohnabhängigen, hat die Grundkategorien des warenproduzierenden Systems längst intus und zeigt die Bereitschaft an, ebenfalls jede Verschlechterung hinzunehmen, wenn es die Standortsicherung mal tatsächlich erfordern sollte. Wenn in diesem Sinne die Freiburger Linke Liste sich zum Kassenwart der Nation aufschwingt und nach aufwendigsten Recherchen ermunternd feststellt: "Geld ist genug da!", ist der gute Wille sicher - und die Konsequenzen zum Davonlaufen. Kein Blick reicht mehr über den sozialdemokratischen Tellerrand der Verteilungsfrage hinaus. Von jeder Fundamentalkritik unbeschwert kann die Linke Liste sodann ein "Unser Land (!) ist reich, es gibt genügend Geld" ausstoßen und Forderungskataloge aufstellen - im Geiste haben sie schon selber auf den Regierungssitzen Platz genommen und deklinieren nun durch, wie sinnvoll man doch den Kapitalismus gestalten könnte, wenn Steuerhinterziehung bekämpft, auf Rüstung verzichtet und natürlich "beschäftigungswirksame Investitionsprogramme" angeleiert würden.

Die karitativ abgefederte Verlängerung der Misere hat mit Emanzipation exakt soviel zu tun wie Arbeit mit Vergnügen. Der Motor aller Entwicklungen, die rastlose Verwertung des Werts, bleibt in sämtlichen gewerkschaftlichen und sozialstaatlichen Ansätzen unverändertmaßen von Kritik verschont. Wenn jede Vorstellung vom guten Leben ohne Streß und Verblödung mit der Keule von Finanzierbarkeit und Standortsicherung erschlagen wird, drückt sich darin nur der ermüthende Befund aus, daß wir in Verhältnissen leben, "worin der Produktionsprozeß die Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsprozeß bemeistert" (Marx), denen man nicht mit Korrektur, sondern mit Abschaffung begegnen sollte. Um der unvermeidlichen Forderung, konstruktiv und positiv zu sein, entgegenzukommen, schlagen wir daher die Einführung des Kommunismus, die freie Assoziation der ProduzentInnen jenseits von Staat und Kapital, zum nächstmöglichen Zeitpunkt vor. Von der Aussichtslosigkeit des Unterfangens sollte man sich nicht kirre, d. h. bescheiden machen lassen.

**Demonstration am 1. Mai 1997 : Statt Arbeit und Nation: Soziale Revolution
12.00 Uhr / Platz der Synagoge Freiburg (am Kollegiengebäude II der Uni)**

Bündnis gegen Arbeit / Freiburg

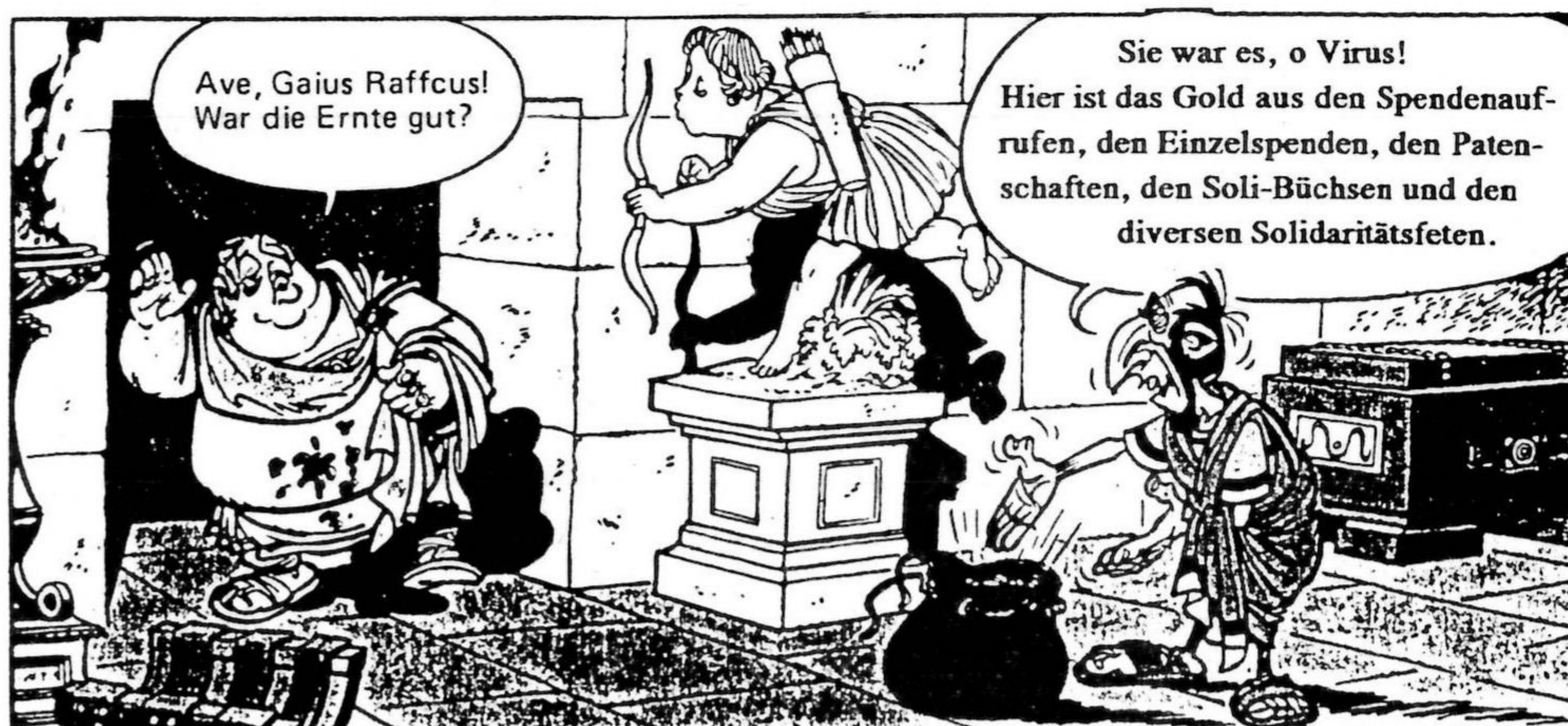
Neue Infos über die Finanzierung von RechtsanwältInnenkosten

Ermittlungsausschuß

Gneisenastr.2a
10961 Berlin

69 22222

Beratung:
Di: 20.00 - 22.00 Uhr



Vor langer, langer Zeit konnte der EA die AnwältInnenkosten von fast allen Verfahren übernehmen, welche nach Aktionen bzw. Demos aus dem linken Spektrum gegen die Leute eingeleitet wurden.

Dies ging natürlich ganz schön ins Geld und langsam aber stetig schrumpfte der Spendengeldtopf. Dadurch war der EA gezwungen, die Kostenübernahme einzuschränken und die Finanzierungskriterien zu ändern. Die letzten Jahre konnten wir daher nur noch AnwältInnenkosten übernehmen, wenn Leute aufgrund der Anklage knast-

bedroht waren (mit oder ohne Bewährung), z.B. bei Landfriedensbruch. Bei allen „kleineren“ Anklagen, die meist von der Justiz mit Geldstrafen geahndet werden, mußten die Betroffenen ihre Anwälte selbst finanzieren. Durch diese Finanzierungseinschränkung hat sich auf unserem Konto wieder mehr Kohle angesammelt. So daß wir nach längerem Überlegen den Versuch wagen wollen, wieder mehr Verfahren zu finanzieren.



Weiterhin könnt ihr wie bisher, wenn ihr ein Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch habt, sofort bei uns um Anwaltsfinanzierung anfragen.

Darüberhinaus übernehmen wir ab jetzt **AnwältInnenkosten**, wenn ihr eine **Anklageschrift** bekommen habt wegen:

ACHTUNG NEU !!

- # schwerem Widerstand; oder
- # gefährlicher Körperverletzung

Außerdem wenn eine **Anklageschrift** gegen euch vorliegt, in der mehrere der folgenden Vorwürfe auftauchen:

- # Körperverletzung
- # Widerstand

- # Sachbeschädigung
- # Gefangenenerbefreiung



Wie immer müßt ihr auf jedem Fall persönlich und vor Beginn eines Prozesses vorbeikommen und einen Antrag auf Finanzierung stellen, im Nachhinein finanzieren wir nicht !!

Natürlich könnt ihr jederzeit Dienstags von 20.00 bis 22.00 Uhr vorbeikommen und euch beraten lassen, wenn z.B. ein Ermittlungsverfahren gegen euch eingeleitet wurde oder ihr eure Gedächtnisprotokolle vorbeibringen wollt.

Damit das Konzept der Finanzierung aufgeht, sind wir darauf angewiesen, daß ihr ersteinmal versucht, ob ihr nicht die Kohle selber auftreiben könnt, sei es durch Unterstützung eurer Zusammenhänge, durch Solipartys oder ähnliches. Und natürlich sind wir weiterhin auf Spenden angewiesen, damit auch dauerhaft mehr Leute unterstützt werden können und damit der Solitopf nicht gleich wieder leer ist.



**Je regelmäßiger ihr uns
unterstützt
(auch mit kleinen Beträgen
- z.B. monatlich),
umso mehr und umso länger
können wir euch
unterstützen!!
Denn Betroffen sind nur Einige,
aber es geht uns ALLE an !!**

Mit anderen Worten: **DER EA FUNKTIONIERT AUCH
WEITERHIN
NUR MIT EURER
SOLIDARIÄT !!!**



**Postgiro Bln.; Sonderkto. Klaus Schmidt;
Kto.Nr. 20610-106; BLZ 10050000**



Der DUR die Flötentöne beibringen!

Demo am 03. Mai 1997 gegen den Unitariertag in Hameln

Vom 01.-04. Mai 1997 findet in Hameln der Unitariertag der völkisch-rassistischen Sekte Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft (DUR) statt. Hier, an ihrer Gründungsstätte, kann die DUR auf eine starke Ortsgruppe und geschichtliche Tradition zurückgreifen. Zusätzlich ist sie in die kleinstädtische Öffentlichkeit eingebunden. Eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz besitzt die DUR aber auch außerhalb von Hameln. Ihr ist es gelungen, sich unter den Deckmantel der Religionsfreiheit in der Mitte der Gesellschaft zu etablieren und dies, obwohl neofaschistische Bezüge offensichtlich sind. Doch bei dem diesjährigen Unitariertag regt sich antifaschistischer Widerstand. Wir als Bündnis gegen Rechts (BgR) wollen mit dazu beitragen, denn uns liegt daran, die inhaltlichen, organisatorischen und personellen Verbindungen zwischen der DUR und Hetendorf 13 (Landkreis Celle) offen zulegen. Deshalb rufen wir alle Menschen auf, sich an der Demonstration am 03.05.1997 in Hameln gegen die Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft zu beteiligen.

Stadt Hameln heißt Faschisten willkommen

Die Veranstaltung der DUR in Hameln steht unter dem Motto "Leben-Arbeit-Sinn" und findet im städtischen Weserberglandzentrum statt. Auf dem Programm stehen neben einem Podiumsgespräch, Arbeitskreisen und Vereinsversammlungen auch diverse Unternehmungen zur Unterhaltung, wie Stadtführung, Fahrt zum Wisentgehege und eine besinnliche Stunde mit anschließendem Lagerfeuer. Zu Beginn steht am 01. Mai um 14 Uhr ein Pressegespräch und anschließend gleich ein Empfang durch die Stadt Hameln. Bereits im Vorfeld hat Oberstadtdirektor Werner Lichtenberg die Unitarier in einem Grußwort willkommen geheißen. Allen *"Teilnehmern des Unitariertages wünsche ich eine erfolgreiche Tagung und einen angenehmen Aufenthalt in unserer Stadt"* so Lichtenberg wörtlich. Auch die Arbeit der Hamelner Ortsgruppe erwähnt er lobend. In den "unitarischen blättern" Heft 6/96, dem Mitteilungsblatt der Organisation, freut sich der unitarische Gemeindeleiter aus Hameln, Hartmut Ahlbrecht, daß *"... die Unitarier in Hameln durch die Presse und die Ausrichtung von 5 Unitariertagen so bekannt sind, daß die Oberbürgermeisterin ein persönliches Grußwort an uns richten wird."*

Tod und ausgestorben...

Der Unitariertag findet jedes zweite Jahr statt. Jedes zehnte Jahr wird er in Hameln ausgerichtet, im Gedenken an die

Gründung dieser Organisation im Jahre 1947 in dieser Stadt. Auf dem Klüt, einem kleinen Berg bei Hameln, versammelten sich damals Alt-Nazis wie Herbert Böhme, Rudolf Wahlbaum, Eberhard Achterberg, Herbert Grabert, Marie-Adelheid Reuß zur Lippe. Der mittlerweile verstorbene Herbert Böhme war Referent im Erziehungshauptamt der Obersten SA-Führung, nach dem Krieg wurde er in der DUR zum ersten Sprecher für sämtliche Gemeinden im Bundesgebiet. Er war Mitbegründer der Zeitung "Nation und Europa", die sich zum führenden Theorieorgan des organisierten Neofaschismus gemausert hat und Mitbegründer des faschistischen Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes (DKEG). Herbert Grabert ist Gründer des rechten Grabert-Verlages. Dieser hat eine riesige Anzahl von Büchern von Faschisten aus dem In- und Ausland herausgegeben und tut dies auch nach der Verlagsübergabe an seinen Sohn Wigbert immer noch.

Ideologisch steht die DUR in der direkten Nachfolge der Deutschen Glaubensbewegung um Jacob Hauer. Als Professor in Tübingen entwickelte er in verschiedenen Schriften eine völkisch-rassistische Weltanschauung, die in NS-Zeitschriften überaus positiv gewürdigt wurden. Nach dem Krieg wurde ihm Lehrverbot erteilt.



Wird die DUR mit ihrem ideologischen und personellen Ursprung konfrontiert, zieht sie sich aus der Verantwortung, indem sie darauf verweist, die Alt-Nazis wären ja schon verstorben.

...die Überlebenden sind ausgetreten...

Die Kontinuität ist erhalten geblieben. Das zeigt sich dadurch, daß nach der Gründungszeit immer wieder etliche Funktionäre in rechten Zusammenhängen verstrickt waren. Referent bei der DUR war z.B. Richard W. Eichler. Dieser ist seit Jahrzehnten im faschistischen Lager tätig, u.a. als Referent bei der Artgemeinschaft und der Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP). Fritz Castagne war in den siebziger Jahren Chefredakteur der damaligen Zeitung der DUR "Glaube und Tat" und unterzeichnete den "Aufruf der Fünfzigtausend: Ausländerstopp Jetzt!" zusammen mit vielen, bundesweit bekannten Faschisten.


Mitglieder der DUR sind auch bei den sogenannten Hetendorfer Tagungswochen aufgetreten. Bei der Hetendorfer Tagungswoche handelt es sich um ein 9-10 tages Stelldichein, von bis zu 300 Faschisten aus dem In- und Ausland. Zu diesem, seit 1991 regelmäßig stattfindenden Treffen auf dem Grundstück des Heide-Heim e.V. haben neben dem Besitzer noch die neuheidnisch-rassistischen Organisationen Artgemeinschaft, die Gesellschaft für biologische Anthropologie Eugenik und Verhaltensforschung (GfBAEV), der Nordische Ring und die Northern League sowie die GFP-Arbeitskreis Hamburg, der Freundeskreis Filmkunst (FKFK) und das Familienwerk eingeladen. Die Mitglieder der DUR glauben ebenso wie die der neuheidnisch-rassistischen Organisationen nicht an einen Gott sondern an das allumfassende Sein, in dem der Prozeß des Entstehens, Lebens und Sterbens aller Lebewesen als göttlich angesehen wird. Auch das Symbol der DUR dokumentiert diesen Glauben. Es setzt sich aus den germanischen Runen, die Geburt und Tod symbolisieren, zusammen, umschlossen von dem "Kreise des Alls". Das rassistische der DUR zeigt sich daran, daß sie sich als "Fortsetzer unitarischer Traditionen arischer Völker" versteht (Ökumene-Lexikon 1983). Sicherlich unterscheiden sich die einzelnen Gruppen graduell, aber im Wesentlichen ist der Glaube gleich. Dies drückt sich auch bei den Riten aus, so gibt es bei allen das Fest aus dem sogenannten Jahreskreislauf, die Sonnenwendfeier mit Sonnenwendfeuer und Feuerrede. Während der Hetendorfer Tagungswoche ist die Sommersonnenwende der Höhepunkt

dieser Veranstaltung. Andere Feste sind solche, die den persönlichen Lebensweg begleiten (Feste im Lebenskreislauf). Auf einer Ansprache zur Lebensleite (Geburt) hört sich das bei den Unitariern so an: *"Ich lege Deine kleine Hand auf heilige deutsche Erde und vereine Dich mit den göttlichen Kräften der Mutter Erde. (...) Wachse in den Stürmen des Lebens zu einem echten und rechten Kerl, zu einem aufrechten deutschen Mann, wie es in der Verpflichtung Deines alten deutschen Namens liegt. Carl nennen Dich Deine Eltern, und ein wackerer Karl und Kerl sollst Du werden. Laß alles Schwache und Morsche von Dir reißen und wachse im Sturm (...) Deinem Volk in Treue verbunden und dem Göttlichen innig vereint. Du bist ein Mensch, und daß heißt, Du mußt und wirst ein Kämpfer sein."* (zitiert nach W. Seibert 1989)

Diese Werte (Deutschtümelei, Volkstum, Männlichkeitswahn, Propagieren von Sozialdarwinismus, Huldigung der Treue) der DUR kommen selbstverständlich auch bei den Faschisten in Hetendorf gut an. So ist es nicht verwunderlich, daß der ehemalige Präsident der DUR, Karlheinz Kütthe, (gewählt auf einem Treffen in Hameln) am 30.06.1994 auf der Hetendorfer Tagungswoche als Referent auftrat. Ebenso referierte der Bremer Gemeindeleiter Hermann Thiele auf den Hetendorfer Tagungswochen 1991, 1994 und 1996. Der ehemalige Vorsitzende des Nordischen Ringes, (1992) Dieter Vollmer, war jahrzehntelang gern gesehener Redner bei der DUR (z.B.: Unitariertag 1957 in Hameln) und betätigte sich jahrelang als Autor in den Schriften der Unitarier, aber auch in anderen rechten Zeitungen wie "Nation Europa", der NPD-Zeitung "Deutsche Nachrichten" oder der im Grabert-Verlag (dort war er von 1965-67 Verlagssekretär) erscheinende Zeitung "Deutschland in Geschichte und Gegenwart". All diese Zusammenhänge stellen auch heute noch für die DUR kein Problem dar. Wenn diesbezüglich Kritik laut wird, heißt es in der Regel, diese Leute seien ja mittlerweile alle ausgetreten. Ob dies für alle zutrifft sei dahingestellt. Tatsächlich haben sich eine Reihe ehemaliger Mitglieder der DUR in einer Abspaltung, dem Anfang der 90er Jahre gegründeten Bund Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft (BDUR), zusammengefunden, darunter die oben genannten Faschisten. Laut dem Hamelner Gemeindeleiter Ahlbrecht habe sich die DUR "längst in einem Reinigungsprozeß" von solchen Mitgliedern getrennt. Die organisatorische Trennung führte keineswegs zu einem inhaltlichen Bruch. Dies bestätigte Baldur Springmann, der nach eigenen Angaben sieben Jahre lang als Gemeindeleiter der DUR fungierte und zum BDUR wechselte: *"wir hätten ja den gleichen Hintergrund"*. Das dürfte wohl auch bei der DUR in Hameln so gesehen werden, lud die DUR doch am 24.08.1996 zu einer *"Fahrt zu den Stätten unitarischen Wirkens"* ein. Pikanterweise startete der Bus in Hameln, sammelte anschließend noch DUR-Mitglieder in Hannover ein um u.a. auch zu *"Baldur Springmann auf seinen Öko-Hof in Mecklenburg in der Nähe von Lübeck (zu) fahren. Er wird uns Gelegenheit geben, den Hof anzuschauen und uns über seine Arbeit aus seinem unitarischen Verständnis berichten"*, nachzulesen in "unitarischen blätter" Heft 4/96. Auch der jetzige Präsident Horst Prem zieht für seine Organisation keinen inhaltlichen Bruch und vertritt die Meinung, daß das literarische Werk Hunkes *"ein wesentlicher Blickpunkt"* auch nach ihrem Austritt für die DUR bleiben wird. Hunke ist als Autorin zahlreicher "religionsphilosophischer" Machwerke sinnschaffend nicht nur für die DUR sondern für die gesamte rechte Szene. Sie wurde 1985, vor ihrem

Sonnenwendfeier

auf dem Partner Berg
am Sonnabend, dem 15. Juni 1996
20 Uhr Auftakt mit der
Ostsee-Volkstanzgruppe Lübeck



Gäste herzlich willkommen
DEUTSCHE UNITARIER
Religionsgemeinschaft freier Glaubens
Gemeinde Lübeck
Fleischhauerstraße 41, Telefon 7 34 34

Gemeinsame Riten

Austritt, zur ersten Ehrenpräsidentin ernannt. Anschließend war sie Mitbegründerin des BDUR und ist darüber hinaus in mehreren neuheidnisch-rassistischen Gruppierungen aktiv.

...aber alle machen weiter wie bisher...

Nach der Abspaltung sind Verbindungen ins offene faschistische Lager eindeutig existent. Besonders tut sich in diesem Zusammenhang die Landesgemeinde Hamburg hervor. Diese besitzt in der Wartenau 13 eigene Räumlichkeiten. 18 Jahre lang fungierte hier Dr. Helmut Kramer als Landesgemeindeführer, der von sich selbst sagte: *"Jede Meinung und Handlung - auch die zu meinen Vorstellungen konträrste - dulde ich, solange sie nicht nachweislich gemeinschaftsschädigend ist"* ("unitarische blätter" 3/94). Er hätte wohl besser volksgemeinschaftsschädlich sagen sollen, zumindest würde das dann erklären, warum sich unter dem Dach der DUR diverse bekannte Faschisten versammeln durften. So lud die Gesellschaft für Freie Publizistik mit einem Flugblatt am 23.10.1993 zu einer Veranstaltung ins Haus der Deutschen Unitarier ein. Der Referent war kein geringerer als der bundesweit agierende Faschist Wolfgang Juchem (ebenfalls Referent in Hetendorf). In dem Flugblatt heißt es u.a. *"um dem Ausland zu gefallen, verzichteten sie (die Bonner Parteien) auf gültiges Völkerrecht und auf ein Drittel deutscher Erde"* und weiter *"eine hemmungslose Ausländerflut zerstört das soziale Netz in Deutschland"*. Revanchismus und Rassismus pur! Die GFP ist laut Verfassungsschutzbericht 1995 mit 400 Mitgliedern die *"größte rechtsextremistische Kulturvereinigung"* in der Bundesrepublik. In ihrer Zeitung "Das Freie Forum" (Nr.4/93) wurde die Veranstaltung im nachhinein beschrieben, allerdings ohne den Veranstaltungsort zu nennen. Im selben Zusammenhang werden auch andere Veranstaltungen mit faschistischen Referenten genannt, so liegt der Verdacht nahe, daß auch diese bei den Unitariern stattfanden.

Bereits im Jahre 1986 konnte der Heide-Heim e.V. Hamburg die Räume der Unitarier nutzen. Laut Protokoll der Mitgliederversammlung vom 31.01.1986 fand diese *"in den Räumen der unitarischen Landesgemeinde, Wartenau, statt."* Dort wurde auch die Satzung des Vereins verabschiedet. Laut Protokoll heißt es da: *"Dieses Heim soll eine Stätte sein, in der sich Familien begegnen können, in der Beratung zur Familiengründung erfolgen soll, wo Gedankenaustausch und Weiterbildung in Fragen der Kinder- und Jugendziehung auch auf internationaler Basis ermöglicht wird und eine familienfördernde Einstellung vermittelt wird."* Diese Idee wurde 1992 verwirklicht, als der Heide-Heim von der GfBAEV und dem FKFK das Anwesen Hetendorf 13, welches sich zum bundesweit bedeutendsten Nazizentrum entwickelte, übernahm.

Einem der Vorbesitzer des Hetendorfer Zentrums gewährten die Unitarier bis in die jüngste Vergangenheit Unterschlupf: der Freundeskreis Filmkunst veranstaltete in den Räumen der Hamburger Unitarier seine Vorweihnachtsfeier (1994) und Mitgliederversammlungen. Auch zu Vorträgen rief der Freundeskreis Filmkunst in die Räumlichkeiten der Unitarier z.B. im April 1995. Zu den Mitgliedern des FKFK gehören so bekannte Faschisten wie dessen Vorsitzender Gerhard Hennig (Mitglied der NPD, des Nordischen Ringes, der Artgemeinschaft und Referent in Hetendorf).



Mitteilungsblatt der DUR: unitarische blätter

Erwähnenswert ist auch der Multifunktionär Klaus-Christoph Marloh, der 1994 zu einer Audienz beim russischen Faschisten Waldimir Schirinowski reiste. Und selbstverständlich darf auch der Hintermann und Drahtzieher des Hetendorfer Tagungszentrums, Jürgen Rieger, nicht fehlen. Dieser ist jetziger Vorsitzender des Heide-Heims, der Artgemeinschaft und der GfBAEV, 2. Vorsitzender des Nordischen Rings sowie in anderen faschistischen Organisationen tätig. Als der Freundeskreis Filmkunst im Rahmen von antifaschistischen Aktionen gegen das Zentrum Hetendorf 13 in Hamburg thematisiert wurde und es auch zu Protestaktionen kam, sah man sich bei den Unitariern gezwungen, diesem Verein die Räume zu entsagen. Doch die Hinausgeworfenen nehmen es der DUR nicht übel, Elisabeth Machts, (Mitglied des FKFK und der GFP) ist nachsichtig: *"die haben nichts gegen uns, der Druck kommt von oben"* und verschmitzt fügt sie hinzu: *"wir treffen uns ja auch weiterhin dort"*.

... und niemand will es merken

Trotz dieser offensichtlichen ideologischen, organisatorischen und personellen Verbindung ins offene faschistische Lager hat es die DUR geschafft, sich in die Mitte der Gesellschaft zu schieben und unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit zu wirken. So ist ihre Organisation in der Öffentlichkeit anerkannt und akzeptiert. Ihre Mitglieder finden sich in vielen gesellschaftlich relevanten Gruppierungen, wie

z.B. der SPD oder in Gewerkschaften.

Am 03.02.1967 wurde in Hamburg das Hilfswerk der Deutschen Unitarier e.V. gegründet. Dieses ist als gemeinnützig anerkannt und Mitglied des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Somit wurde *"eine Organisation ins Leben (ge)rufen, die geeignet ist, mit wirtschaftlichen Mitteln zu helfen, die religiösen und erzieherischen Zwecke der Deutschen Unitarier zu verwirklichen. Aufgabe des Hilfswerkes ist neben der Schulung und Weiterbildung von Mitarbeitern vor allem die Betreuung von Mitgliedern, Freunden und deren Familien"*. Daneben war diese Organisation *"von Anfang an bestrebt, ein Zentrum zu schaffen, das vor allem der Jugend- und Familienarbeit förderlich sein sollte. Die vom Hilfswerk (...) errichtete Bildungsstätte (in Scharbeutz) kann als die Verwirklichung dieses Planes angesehen werden."* (zitiert nach W. Seibert 1989). Im Jahre 1980 wurde die Jugend- und Begegnungsstätte Klingberg e.V. gegründet. In den ersten vier Jahren des Bestehens sollen bereits 35.000 Gäste von den Angeboten der Tagungsstätte Gebrauch gemacht haben. Desweiteren gehören der Bund Deutsch-Unitarischer Jugend e.V. (gegründet 1956) und die Unitarische Akademie e.V. (gegründet 1970, Mitglied des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband und des Paritätischen Bildungswerks) zu dem Organisationsgeflecht der

DUR. Als im August 1995 ein Kinderhaus in Kiel dazukam, steuerte das Sozialministerium des SPD-regierten Schleswig-Holsteins stolze 138.000 DM bei und die Stadt Kiel beteiligte sich mit einem Darlehen von über 230.000 DM.

Die DUR hat also einiges zu verlieren, sowohl die gesellschaftliche Akzeptanz als auch rein materielle Vorteile. Deshalb versucht sie, ihre KritikerInnen ruhig zu stellen und überzieht diese mit Prozessen. Selbst die Äußerung *"... bis weit in die 70er Jahre ließen sich regelmäßige gemeinsame Zeltlager der Wiking-Jugend und Deutsch-Unitarier Jugend nachweisen"*, wollte die DUR nicht stehen lassen und hatte damit vor dem Landgericht Berlin Erfolg, denn es konnte nur ein gemeinsames Lager nachgewiesen werden. Über dieses eine darf auch weiter berichtet werden, aber zur "Regelmäßigkeit" hätte eben auch noch ein zweites nachgewiesen werden müssen. Auch versuchte die DUR, die auf sie gemünzten Bezeichnungen wie *"völkisch-rassistische Sekte"*, *"nazistische Tarnorganisation"* oder *"Nazi-Sekte"* gerichtlich verbieten zu lassen, allerdings erfolglos. In der Begründung des Gerichts heißt es: *"In maßgeblichen Positionen sitzen bis in die jüngste Vergangenheit Personen, die das nationalsozialistische Gedankengut vertreten haben"*.

Der DUR die Maske vom Gesicht reißen !

**Die Förderer des Hetendorfer Nazi-Zentrums
öffentlich machen und angreifen !**

**Kampf dem Faschismus in allen
Erscheinungsformen !**

Deshalb ruft das BgR mit auf zur

Demonstration

**gegen den Unitariertag der DUR
am 03. Mai 1997 in Hameln, 13 Uhr**

Treffpunkt:

Busparkplatz hinter der Rattenfängerhalle

Die Demo wird unterstützt von: A. Buntenbach (MdB, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Antifa Hameln-Pyrmont, Antifa Infogruppe Celle, Antifa Schaumburg, Antifa West (Braunschweig), Bündnis 90/Die Grünen Bad Pyrmont + OV Hermannsburg-Bergen-Faßberg + Gemeinderatsfraktion Hermannsburg, BgR Celle, FrauenLesben-Regionalplenum Nds./Sachsen-Anhalt, Hermannsbürger Arbeitskreis gegen Hetendorf 13, IGMetall-Ortsjugendausschuß Hameln, U. Jelpke (MdB, PDS), PDS KV Hameln-Pyrmont, Spaßguerilla Weserbergland, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der AntifaschistInnen (VVN/BdA) Hameln-Pyrmont+ LV Nds. und weitere ...

Bündnis gegen Rechts,

Initiative zur Schließung des faschistischen Schulungszentrums in Hetendorf

Buntes Haus, c/o BgR, Hannoversche Str. 30f, 29221 Celle

Aufruf

zur dezentralen Kampagne gegen die 7. „Hetendorfer Tagungswoche“

Vom 14.-22. Juni 1997 wollen sich im Hetendorfer Nazizentrum wieder einmal alte und junge Faschisten zur 7. „Hetendorfer Tagungswoche“ zusammenfinden.

Dieses Treffen von Auschwitzleugnern, Rassisten, Antisemiten und selbsternannten „Germanenkundlern“ müssen wir verhindern! Sie werden sonst auf ihrem Treffen sich selbst bestärken und die Folgen davon kennen wir: Angriffe auf MigrantInnen, Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte oder wie über Ostern geschehen, auf Jugendzentren. Nicht, daß die Alten selbst losziehen, nein, sie geben den jungen Faschisten „nur“ die nötige Ideologie mit auf den Weg.

Laßt uns gemeinsam gegen Faschisten aufstehen!

Laßt uns die Organisationen und deren Mitglieder überall thematisieren!

Dies einerseits um die „Hetendorfer Tagungswoche“ zu verhindern aber auch, weil es wichtig und richtig ist, Faschisten überall da anzugreifen, wo sie wohnen, leben und arbeiten!

Folgende faschistische Organisationen laden zur „Hetendorfer Tagungswoche“ ein: „Artgemeinschaft e.V.“ (Sitz Berlin), „Familienwerk e.V.“, „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.“ (Sitz Schweden), „Heinrich-Anacker-Kreis e.V.“ (Sitz Hamburg), „Nordischer Ring e.V.“ (Sitz Bredstedt), „Northern League“ (Sitz Niederlande) und „Heide-Heim e.V.“ (Sitz Hamburg). Diese Organisationen orientieren sich an einer fiktiven, nordischen Rasse und leiten hieraus eine sowohl biologistische als auch „religiöse“ Rassenideologie ab.

Umrahmt von einem faschistisch, kulturellen Programm (z.B. Ehrung kinderreicher Mütter) zur Pflege eines Germanen- und Heidenkultes, sorgen diverse Referenten mit Vorträgen wie „Der Hintergrund des Holocausts von Dresden“ für die entsprechende Ideologiebildung. Der Höhepunkt ist die in der Nacht vom 20. auf den 21. Juni aus „religiösen“ Gründen gefeierte Sommersonnenwende. Maßgebliche Vertreter faschistischer Parteien und Organisationen breiten dort ihr menschenverachtendes Weltbild vor einem interessierten Publikum Gleichgesinnter aus. Somit stellen seit 1991 die „Hetendorfer Tagungswochen“ bundesweit einen der bedeutendsten Knotenpunkte im faschistischen Netzwerk dar.

Um diesem Treiben schon im letzten Jahr ein Ende zu bereiten, fanden mehrere Aktionen des Bündnis gegen Rechts und des Hermannsbürger Arbeitskreises gegen Hetendorf 13 statt. Am Anreisewochenende wurde eine Blockade vor dem Zentrum durchgeführt, die vor allem am ersten Tag die Teilnehmer der Tagungswoche daran hinderte, das Gelände zu erreichen. An den folgenden Tagen führten BürgerInnen aus der Region mehrere Protestaktionen (Mahnwache, ökumenischer Gottesdienst, Spaziergang zum Zentrum, Pfeifkonzert) durch. Zur Sonnenwendfeier versuchten 300 AntifaschistInnen in der unmittelbaren Nähe des Feuers, am Zaun des Grundstückes, den Höhepunkt der Tagungswoche durch großes Lärmen zu stören. Sie wurden hieran aber von einem starken Polizeiaufgebot brutal gehindert. Die Folge kennt ihr wahrscheinlich:

201 Ermittlungsverfahren gegen Antifaschisten und Antifaschistinnen wegen sog. Landfriedensbruch.

Auffällig bei der Tagungswoche 1996 war, daß nicht nur Mitglieder der einladenden Gruppen wie **Frank Rennie** (Ehningen), **Walter Drees** (Vlotho) und **Jürgen Rieger** (Hamburg, maßgeblicher Organisator) anwesend waren, sondern auch eine aus ca. 40 Personen bestehende „Schutztruppe“ von namhaften Faschisten unterschiedlicher Gruppierungen (u.a. **Steffen Hupka** (Quedlinburg), **Thomas Wulff** (Hamburg), **Thorsten De Vries** (Hamburg), **Andre Zimmermann** (Winterberg)). Von dieser Gruppe gingen mehrere Angriffe auf AnwohnerInnen und AntifaschistInnen aus. Die wegen der Angriffe angeklagten Faschisten wurden später vor dem Amtsgericht Celle freigesprochen bzw. wurden die Verfahren eingestellt. Einer von ihnen war **Holger Emmerich** (Region Peine)

Die 6. „Hetendorfer Tagungswoche“ hat gezeigt, daß es sich bei diesem Treffen - im Gegensatz zu den Verlautbarungen des niedersächsischen Verfassungsschutzes - nicht um ein gemütliches Beisammensein seniler Altfaschisten handelt, welches sich durch das Hinwegsterben seiner Teilnehmer von selbst erledigt. Die „Hetendorfer Tagungswochen“ sind ein Sammelpunkt für Alt- und Neofaschisten, sie dienen dem Informationsaustausch und der Rassenpropaganda, sie wirken ideologieschulend und - über den Weg der Religion - identitätsstiftend.

Deshalb rufen wir Euch auf:

Macht Aktionen gegen Faschisten!

Beteiligt Euch an der dezentralen Kampagne!

Laßt uns gemeinsam die 7. „Hetendorfer Tagungswoche“ verhindern!

ZUR GESCHLECHTS-SPEZIFISCHEN SCHREIBWEISE

Wir schreiben in unseren Veröffentlichungen von Faschisten und nicht von Faschisten und Faschistinnen, weil das Patriarchat im Faschismus seine stärkste Ausprägung findet. Das bedeutet nicht, daß es keine Frauen innerhalb der faschistischen Bewegung gibt. Wir weigern uns aber, den emanzipatorischen Sprachgebrauch, wie er mit der gleichzeitigen Verwendung der weiblichen und männlichen Form oder der „f“-Schreibweise verbunden ist, auf Gruppen und Personen anzuwenden, deren Ziel die völlige Zerschlagung von emanzipatorischen und feministischen Bewegungen ist.

weiter ➡

Bereits im Dezember 1995 hatte die Initiative gegen Hetendorf 13 bundesweit Antifagruppen angeschrieben, um ein dezentrales Konzept zur Verhinderung der 6. „Hetendorfer Tagungswoche“ vorzustellen. Bei diesem Konzept ging es darum, bereits im Vorfeld der 6. „Hetendorfer Tagungswoche“ in möglichst vielen Städten Aktionen zu dort ansässigen Referenten der Tagungswoche oder den dazu einladenden Organisationen durchzuführen. Einerseits sollte diese Kampagne die Faschisten ans Licht der Öffentlichkeit zerren und soviel Druck aufbauen, daß mögliche Referenten sich gezwungen sehen, nicht zur „Hetendorfer Tagungswoche“ anzureisen. Andererseits sollte die dezentrale Kampagne mobilisierend für die antifaschistischen Aktionen zur Tagungswoche wirken.

Nachdem Aktionen zu dieser Kampagne 1996 in mehreren Städten Norddeutschlands erfolgreich stattfanden (Demonstrationen in **Hamburg, Bremen, und Vienenburg**, ein „Rock gegen Heideheim“ in **Buchholz** und eine Kundgebung die Faschisten in **Hameln** und Umgebung bekannt machte), wollen wir auch dieses Jahr den Widerstand gegen die 7. „Hetendorfer Tagungswoche“ (höchstwahrscheinlich findet sie, wenn wir sie nicht verhindern, vom 14.-22. Juni 1997 statt) wieder mit einer dezentralen Kampagne einleiten.

Dieses Jahr sind zuerst die einladenden Organisationen (s.o.) Ziel der dezentralen Kampagne, in einem zweiten Schritt sollen die Mitglieder dieser Gruppen unseren Zorn zu spüren bekommen. Dies im Gegensatz zum Vorjahr, da wir an die ran wollen die es überhaupt erst ermöglichen das die „Hetendorfer Tagungswoche“ stattfindet. Dabei wollen wir uns vor allem mit den Funktionsträgern der „zweiten Reihe“ (stellvertretende Vorsitzende, Schriftführer, Kassenwarte etc.) befassen, da diese Leute häufig nicht in der Öffentlichkeit bekannt sind. Hierdurch wollen wir mehr als bei der letztjährigen dezentralen Kampagne die Vorbereitung der Tagungswoche stören und die Leute, die Organisationsaufgaben haben, von der Teilnahme abhalten. Dies ist durch vielfältige Aktionen auch zu erreichen:

Neben Demonstrationen und Kundgebungen sind Aktionen gegen Faschisten auch im kleinen Rahmen möglich. Dazu gehören Aktionen die sie in der Öffentlichkeit bekannt machen, wie Flugblätter verteilen, Postwurfsendungen an die Nachbarschaft, thematisieren der Faschisten an ihrem Arbeitsplatz (Unis, Betriebsrat, eigener Betrieb), Mahnwachen, Kennzeichnung der Wohnhäuser und weitere kraftvolle Dokumentationen dessen, was wir von Faschisten halten.

Wir werden in der nächsten Zeit zu einigen der einladenden Gruppen Texte veröffentlichen, die aufzeigen sollen was eigentlich hinter diesen Namen wie z. B. „Artgemeinschaft“ oder „Heinrich-Anacker-Kreis“ steckt. Ihr könnt diese Texte als inhaltliche Grundlage für Eure Aktionen verwenden, ihr könnt uns aber auch einfach schreiben und wir schicken Euch alles was wir zu dem jeweiligen Mitglied oder den einladenden Gruppe haben.

Desweiteren wollen wir Euch darauf hinweisen, daß wir nichts lieber tun, als bei Euch, wo immer das auch sein mag, eine Veranstaltung zu Hetendorf 13, „Hetendorfer Tagungswoche“, zu den einzelnen Mitgliedern und zu unserem mittlerweile zwei Jahre andauernden Kampf gegen das faschistische Schulungszentrum zu machen. Wir würden uns freuen, wenn Ihr dieses ultimative Angebot annimmt.

Wir, das Bündnis gegen Rechts, werden wie im letzten Jahr wieder Aktionen gegen die „Hetendorfer Tagungswoche“ vorbereiten. Hiermit wollen wir Euch auffordern an unseren Aktionen teilzunehmen und bei Euch in Eurer Region/Stadt zu mobilisieren. Informationen erhaltet Ihr bei der unten genannten Adresse.

Hier noch einige der von uns herausgesuchten Mitglieder:

Heinrich Anacker Kreis - HAK, Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung - GfbAEV

Gertrud Herr (Hamburg)	HAK	Wolfgang Lütkemeyer (Erfurt)	Artgemeinschaft
Joachim Goerth (Geesthacht)	HAK	Gerhard Seifert (Marburg)	Artgemeinschaft
Elfriede Heymert (Hamburg)	HAK	Imke Thomas (Neetze/Süttorf)	Artgemeinschaft
Elisabeth Machts (Hamburg)	HAK	Wolfram Nahrath (Berlin)	Artgemeinschaft
Dieter Vollmer (Schleswig)	Nordischer Ring	Dr. Wolfgang Gröger (Holzwickede)	GfbAEV
Klaus Wels (Kiel)	Nordischer Ring	Prof. Dr. Helmut Mommsen (Frankfurt)	GfbAEV
Helmut Malitz (Bad Nenndorf)	Nordischer Ring	Dr. Bernhard Steidle (Bonn)	GfbAEV
Stefan Broschell (Berlin)	Artgemeinschaft	Dr. Wielant Hopfner (Ipfhofen)	GfbAEV
Franz Hölzel (Stadthagen)	Artgemeinschaft	Dr. Hubertus Brockmann (Düsseldorf)	GfbAEV
Margret Killinger (München)	Artgemeinschaft		

Wenn Ihr mehr Informationen haben wollt oder Aktionen plant, meldet Euch bitte bei uns.

Mitglieder angreifen !
Organisationen thematisieren !
„Hetendorfer Tagungswoche“ verhindern !



BÜNDNIS GEGEN RECHTS
C/O INITIATIVE GEGEN HETENDORF 13
C/O INFOLADEN KORN
KORNSTR. 28/30
30167 HANNOVER
FAX: 0511/1616711

geringeren Maße auch Männer treffen.
„im Kampf der Frauen wird ein zentraler Nerv des herrschenden Systems freigelegt“, schreibt Ihr. Wir meinen, da untertreibt ihr maßlos:

Frauen leisten konserverativ geschätzt (durch die UNO) weltweit 2/3 der gesellschaftlichen Arbeit und bekommen dafür 1/10 der direkten oder indirekten Lohneinkommen. Dabei ist gesellschaftlich notwendige Arbeit wie Schwangerschaft, Geburt, Stillen, Verhütung, Abtreibung, emotionale und sexuelle Dienste zur Reproduktion der Arbeitskraft - alles unentlohnt - noch nicht einmal mitgerechnet. Frauenarbeit ist der Nerv des Systems!“

Wir finden, das von den Schweizer Genossinnen gesagte für eine aktuelle Neubestimmung autonomer - oder wie sie auch immer heißen mag - Politik als sehr wertvoll. Unserer Meinung nach wird es ein wirklich antipatriarchales Verhalten unter Männern nicht geben. Es ist eine Machtfrage, die Macht sollte bei fortschreitender Revolution den Unterdrückten in die Hand gegeben werden und damit an vordester Stelle den Frauen. Männer sind in dieser Gesellschaft sozialisiert und aufgewachsen, es gibt Verbesserung, Revolte ohne Veränderung ist für'n Arsch, aber wirklich Totalveränderung ist illusionär. Das ist eine Frage von Generationen, wir kämpfen nicht alleine für „uns“. Und auch hier wieder, eine Frage des politischen Weges. Das Thematisieren und Bekämpfen von Patriarchat muß Bestandteil unserer Politik sein, wir wollen aber keine aufgesetzten Phrasen, es geht um ehrliche Diskussionen und die laufen nun mal einfach besser in Lebenszusammenhängen, also mit Leuten zu denen du volles Vertrauen hast, die du kennst und mit denen du alltäglich zu tun hast. Gerade auch in dieser Frage ist der Aufbau von Widerstandsstrukturen im Alltag (An Schule, Uni, im Stadtteil, am Betrieb, im Haus, am Spielplatz, an den Orten des Zusammenlebens) wesentlicher Gradmesser für die Tiefe und Ehrlichkeit der Auseinandersetzung, es läuft nun einfach besser dort, wo Mensch den Raum findet, um sich zu artikulieren. Wie Ökonomie und Patriarchat zusammenhängen wurde schon im ersten Zitat angerissen, hier nun noch ein weiteres:

„Das Kapital und sein Staat als oberste Organisatoren des Systems können ihre Projekte nur durchziehen, weil die durch das Kapital ausgebeuteten Proletariatsmänner zugleich als ausbeutende Klasse gegen die Frauen funktionieren: Die Frauen würden weltweit niemals zwei Drittel der weltweiten Arbeit leisten und sich mit einem Zehntel des Einkommens begnügen, wären nicht die sexistische und sexistisch-rassistische Gewalt durch jeden Mann gegenwärtig - auch durch jeden Proletariatsmann. Wir rechnen deshalb die Klasse der Proletariatsmänner zu den Zwischenklassen.“

Wir können dies nur teilen und alle dazu aufrufen, auf schon vielleicht, etwas älteren, aber trotzdem weiterhin gültigen Papieren ihre Diskussionen aufzubauen.

Um nun gleich auch zu dem zweiten Papier zu kommen. Es gab innerhalb der Szene seit Jahren Auseinandersetzungen zu Vergewaltigung und sexuellen Mißbrauch. Meist verliefen sich die Diskussionen im Sand, um dann wieder erneut im darauffolgenden Jahr zu beginnen. Der Grund: Vergewaltigung in der Szene. Das es weitaus produktiver ist ohne aktuellem Vorfall die Diskussion zu beginnen ist offensichtlich. Sexismus ist ein strukturelles Gewaltverhältnis, kein Konjunkturelles! Es existiert andauernd. Dies veranlasste den Münchner Männerzusammenhang „SEPPL“ zu längerer Diskussion, aus denen ein Papier zur Vergewaltigung entstanden ist (Interim 318). In ihm wird das Definitionsrecht, die Frage des Verhaltens von Männern und der gesellschaftliche Zusammenhang thematisiert. Es weist eine gute Grundlage auf. Aber wieder nur Theorie, zwar gute, aber auch die gute nützt nichts ohne Praxis. Deshalb muß von Beginn jeder Organisation, jedes Kampfes eine solche Auseinandersetzung fundamental sein. An der Schule, Uni, im Betrieb, in den Kämpfen auf der Straße ...

Bewußtsein kommt nicht von irgendwo her, es muß erarbeitet werden, von allen, Mensch wird oft fallen, aber der Fall ist besser als die Landung.

Um wieder zu unserem Anfangspunkt zu kommen grundlegende Organisation, Mensch braucht seinen festen Zusammenhang nicht verlassen, es genügt ihn zu erweitern, indem Mensch an seiner Schule, im Beruf die Organisation mit FreundInnen beginnt.

Zusammen kann dann diskutiert und zugehört werden: „Ich muß euch, was erzählen“, „Na, was denn?“, „Nun, sag schon“, „Wir haben heute bei mir im Betrieb beschlossen, das wir uns immer Montags treffen, um die Probleme die wir im Einzelnen haben, auf ne größere Ebene zu heben, zu gucken was da zusammentrifft, um uns gemeinsam zu wehren“, „Ist ja genaiial, und wie war die Stimmung“, „Weisst du, wir sind zwar erst am Anfang, aber viele kleine Stimmen, werden zusammen richtig laut, und 'nen paar ham gleich gesagt, dass das Ganze ein Problem des Profitsstrebens sei, dass mensch sich nicht mehr länger verarschen lasse vom DGB und den ganzen Lügen, das die Mieten steigen, und die Villen immer größer werden“, „Erzähl weiter“, „und einige kleine Laute sprachen von Sabotage und Vernetzung mit anderen Betrieben, wir werden sehen, was die Zukunft uns bringt, aber wenn ich mir das Ganze, so angucke, stimmt es mich optimistisch“ - „Da muß ich euch auch gleich erzählen: Wir hatten heute nämlich ein schulübergreifendes Treffen und haben beschlossen eine Schulorganisation aufzubauen, radikale Töne begleiteten, die Gänge der Stunden“, „Laß uns das mal politisch einordnen und gucken, wie sich aus der Stimmung, was Größeres aufbauen läßt, ich bin shon ganz gespannt“, „Und an der Uni regt sich auch was(...)“ In einem solchen sich langsam Organisierenden Geflecht sollte von Beginn an Theoretisches vorge-schlagen werden, eben gerade grundsätzliche Diskussionen über den Zusammenhang von Patriachat, Kapitalismus und Schule oder Uni z.B. Die logische Schlußfolgerung kann letztendlich nur sein, das ein freies menschlichers Leben hier nicht möglich ist. Tendenziel systemsprengende Forderungen als Beginn, für den langsamen Aufbau zum Steppenbrand. Laßt uns viele Funken zünden ! Ein anderer Punkt, wir wollen weiter, wir wollen alles ! Nämlich eine Welt, die allen gehört, wo Geschlecht,

Kultur, Nationalität, nicht mehr gegeneneinander stehen, der Reichtum auf alle verteilt worden ist, die Menschen selbst über das bestimmen, was, wann, wo und wie gemacht, produziert etc. wird. Und vor allem brauchen wir eine Politik , die die Herzen und Köpfe der Menschen erreicht. Nach einer radikalen Umwälzung, des heute bestehenden, wird es erstmals lange dauern bis etwas Neues aufgebaut worden ist und dann auch funktioniert. Ohne die ideeale Revolution nämlich, wird die zeitweise vielleicht noch größer werdende Armut (Etwas zwangsläufiges, wenn ein weltweites Wirtschaftssystem zusammenbricht) zu harten Konflikten führen, es sei denn große Teile der AkteurInnen haben gelernt zu verstehen, und zu warten.

Die Revolutionen haben bisher immer die guten Zeiten auf das Morgen verschoben. Ich leide aber heute, im Alltäglichen...

Der Weg ist das Ziel, das was später mal eintreten soll muß auch heute im Alltag umgesetzt werden. So weit es geht. Es gibt harte Grenzen. Das System setzt die Grenzen und die von ihm sozialisierten und geprägten Menschen. Ein Versuch. Wir glauben, dass es sich lohnt und haben selbst schon die schönsten Zeiten im Widerstand erlebt - meist aber nicht in der Scene. Einige von uns sind zum Bsp. an der Schule organisiert...

Wir gehören nicht zu der Altszene, sind alle noch ziemlich jung, machen erst seit Ende 92 Politik. Soviel zur Sinnkrise der Alten, wie sie in der den letzten radis, ja immer wieder aufkam. Krisen sind zum Teil immer selbstgeschaffene, teilweise hatten wir den Eindruck das sie als Entschuldigung und Rechtfertigung für Rückzug dienten. Wir fänden eine ehrliche Aussprache angebracht, aber das ist eher nebensächlich.

Um den Faden zur aktuellen Situation nicht zu verlieren wollen wir noch einiges sagen, was uns wichtig ist. Wir wollen zum einen den Zusammenhang, der zum Schluß immer (bisher erst zweimal) „FÜR EINE SOZIALREVOLUTIONÄRE UND ANTIIMPERIALISTISCHE BEFREIUNGSPERSPEKTIVE“ schreibt, ganz lieb grüßen, euer letztes Papier(interim 411) hat uns gut gefallen, wenn wir die Zeit finden schreiben wir euch demnächst was.





Zum anderen noch was längeres zum 1.Mai: Wir haben uns länger überlegt nach Leipzig zu fahren, sind aber von diesem Gedanken abgekommen, und wollen das politisch begründen. Was uns fehlt ist ein revolutionäres Konzept. Auf Dauer können wir unsere Politik nicht über das Anti bestimmen. Damit entwaffnen wir uns selbst, verlieren weiter an Glaubwürdigkeit und können dem faschistoiden Wind nur wenig entgegensetzen. Eine bundesweite rev. 1.Mai-Demo wäre unserer Meinung nach die richtige Antwort gewesen. Ähnlich, wie die politisch sehr gute radi-Demo in Hamburg, zu der 5000 Leute aus den verschiedensten Spektren zusammenkamen (Jugend-, Frauen/Lesben, Internationaler-, Antifa-, kurdischer-, autonomer-, Ostblock, fast das gesamte Spektrum war auf der Straße), hätte Leipzig ein inhaltlicher Sprung nach vorne sein können. Die Demo hätte dann Richtung Faschoaufmarsch marschieren können und zwar geschlossen und eben mit Ausrichtung, dass über ein Anti- hinweg geht. Da dies in der diesjährigen Mobilisierung nicht der Fall ist, setzen wir auf das Lokale. In München wird es den Versuch einer Busblockade geben. Zudem rufen insgesamt sieben autonome Gruppen, die sich in einem Bündnis zusammengetan haben zu einer Beteiligung, zu einem antikapitalistischen Block auf der DGB-Demo auf. Hierzu gibt es verschiedene Aufrufe aus diesen Gruppen.

Der Kampf gegen den Faschismus ist eine gesellschaftliche Auseinandersetzung, was eben heißt verschiedenst auf das Ganze zu reagieren. Das eine geht nicht ohne das andere. Wir begrüßen es wenn die Faschisten angegriffen werden! Sie sollen sich nirgends sicher fühlen! Doch darf hierbei nicht die Dialektik vergessen werden.

„(...) Es ist wichtig, die Faschisten zu bekämpfen. Aber nicht indem wir unseren Kampf mystifizieren, uns selbst Helden schaffen. Wir können den Faschismus nicht in Zweikämpfen aus der Welt schaffen. Wir unterstützen es die Faschisten zu vertreiben und anzugreifen. Sie sollen wissen, dass sie nicht erwünscht sind, dass es Leute gibt, die es wagen, sie anzugreifen. (...) Doch noch wichtiger ist es, die Köpfe der Menschen zu erreichen. In unseren Aktionen müssen wir den Faschisten ihren Männlichkeitswahn rauben, sie bloßstellen, lächerlich machen“ schreibt der Freiraum in seiner Nr.25 vom Herbst 96.



Mit diesen Worten trifft es den Kern der Auseinandersetzung. Wir fahren nach Leipzig, aber eben nur dann wenn die Koordinaten stimmen, vielleicht im nächsten Jahr? Trotzdem muß es massive Unterstützung zur Verhinderung geben. Uns sind die Aktionen in München an diesem Tag wichtig. Personen aus dem norddeutschen Raum sollten sich aber zweimal überlegen, was sie tun werden.

In jedem Falle gilt lokal die abreisenden Faschos aufzuhalten, oder sich sonst irgendwie symbolisch zu verhalten. Das ist die Verantwortung von allen. Aktionsziele gibt es etliche. Mit etwas Überlegung können wir ihnen den Raum nehmen.

Es gab einige gelungene Aktionen in und um den 1.März in München - vielleicht eine Hilfe.

Eine CSU-Tagung zu dem Thema Wehrmachtsausstellung im Rathaus wurde gesprengt, der herrschende Parteienblock von CSU(Land) und SPD(Stadt) politisch angegriffen. Auf den Demos etliche Flugis verteilt, und mit Transpis Position bezogen. „Das Kapital ist die Flamme, der Faschismus das Benzin“.

Falsch fanden wir die Entscheidung der der Antifaschistischen Aktion München eine eigenständige Demo zu machen. In der Bündnisdemo war unserer Meinung nach der Platz für radikale Positionen.

Zum Schluß noch eine Anmerkung, die uns wichtig ist. In München hat es keine Spaltung gegeben zwischen den Frieden des Landes brechenden Leuten und BürgerInnen, auch überschritten 15000 Leute das Versammlungsgesetz - was uns positiv überrascht hat, in Leipzig denken wir kommt ein ähnliches Bündnis zustande. Wenn die Route der Faschos bsetzt wird sollte es um kalkulierte Militanz gehen. ES bringt niemanden etwas wenn einige hundert Supra-Militantos die Situation derartig eskalieren lassen, das der Rest weggläuft und sie sich zu einigen hundert eine Schlacht mit den Cops liefern, nach kurzer Zeit der Weg wieder frei ist und die Faschos durchmarschieren können. Eskalation an den richtigen Stellen, in jedem Fall, aber aus der großen Masse wäre dies eine Fehlentscheidung.

Die gesamte Route gibt genügend Raum für solche Aktionen.

Damit wären wir am Ende angelangt.

Wir erwarten uns von dem Papier nicht allzuviel, sollte auch nur eine Reaktion kommen, hat es sich schon gelohnt es zu schreiben. Es sind einige Gedanken von unserer Seite. Um was es uns geht, ist die Diskussion, um Perspektiven rev. Politik. Es bringt mehr, einiges von dem hier Gesagten für die Praxis und Diskussion zu verwenden. Viel Papier neigt zu dem anfangs erwähnten: Es verläuft im Sande.

Ein total positives Beispiel von theoretischer Weiterentwicklung, aber trotzdem noch: das Papier „READY OR NOT?“ u.a in SWING 2./3.97 abgedruckt.

Wir wünschen den ganzen rev. 1.Mai's viel Glück und Erfolg, den Faschos viele Beulen und bittere Enttäuschung und uns allen den Sprung nach vorne !

Wir umarmen alle Suchendenden, wünschen den Geflohenen viel Wärme, und den Banken viele Steine !

Es gibt keinen Grund zu verzweifeln, den wir sind viele und kennen noch mehr !

Wenn das bleibt, was ist
Seid ihr verloren.
Euer Freund ist der Wandel
Euer Kampfgefährte ist der Zwiespalt.
Aus dem Nichts
Müßt ihr etwas machen, aber das Großmächtige
Soll zu nichts werden.
Was ihr habt das gebt auf und nehmt euch
Was euch verweigert wird.

Bertold Brecht

Einige an die Wurzel gehende Frauen und Männer aus München

München im April 1997



Bewegungslehre

Autonome - Gewerkschaftsjugend - Partei-jugend

kreuzen,
mit und gegen den wind

Die ReferentInnen sind, mit unterschiedlichem zeitlichen Abstand Teil der Gegenbewegungen der 70er, 80er und 90er Jahre.

Dabei vertreten sie nicht nur verschiedene politische Richtungen, ihre Unterschiedlichkeit findet sich auch in den Formen der Bewegungen wieder, in denen sie aktiv waren und sind.

Ihre Bewegungskonzepte laufen von den 70ern bis heute stets nebeneinander, wenngleich Sie jeweils unterschiedlich große Bedeutung hatten und haben.

Im Mittelpunkt wird die Geschichte und Gegenwart der Bewegungen stehen, wie sie von den ReferentInnen und den TeilnehmerInnen erlebt und gelebt und zu welchen Veränderungen sie für einzelne und die Gesellschaft geführt haben. Die Kritik, die die ReferentInnen und die TeilnehmerInnen an ihrer eigenen Praxis und Theorie wie die „der anderen“ haben, soll dazu beitragen das Verbindende und Trennende kennen zu lernen.

Lesetips:

- Feuer und Flamme I u. II, Geronimo, Edition ID Archiv 1990 und 1992
- Junge GewerkschafterInnen, Vom Klassenbürger zum Aktivbürger, Klaus Dörre, Westfälisches Dampfboot 1994
- Von den Anfängen, AutorInnenkollektiv, Dietz 1995

Wer mehr lesen möchte, kann bei uns eine Literaturliste bekommen.

Wochenendseminar
13.-15. Juni 1997

BIO
Angela Marquardt:
geboren 1971 in Ludwigslust
Politisiert durch die Wende 89/90
'90 Gründungsmitglied der SDP in Greifswald
Aktiv bei Hausbesetzungen und der
AG Junge GenossInnen
Im Dezember '91 in den Bundesvorstand der
PDS gewählt
Von Januar '95 bis Januar '97 stellvertretende
Bundesvorsitzende der PDS
Studentin der Politikwissenschaften und
Mitglied des Konzils der FU Berlin

GRA
Markus Mohr:
Lehre als Autoschlosser, IG Metall Mitglied
Aktiv in der Anti AKW Bewegung ab Ende der
70er
ab Mitte der 80er in der Autonomen Bewegung in
Berlin
Doktorant der Politikwissenschaften und Autor

PHIE

Klaus Dörre:
geboren 1957, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschafts und Sozialgeschichte und Volkswirtschaft in Marburg.
1985 bis 1990 wiss. Mitarbeiter am FB Gesellschaftswissenschaften in Marburg.
1992 Promotion, seit 1991 wiss. Angestellter am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI).
Arbeitsschwerpunkte: Industrielle Beziehungen, Managementkonzepte, Jugend, Rechts-
extremismus
seit Anfang 1997 an der Uni Jena

Organisatorisches:

Das Seminar beginnt am Freitag um 17.00 Uhr und endet am Sonntag nachmittag.

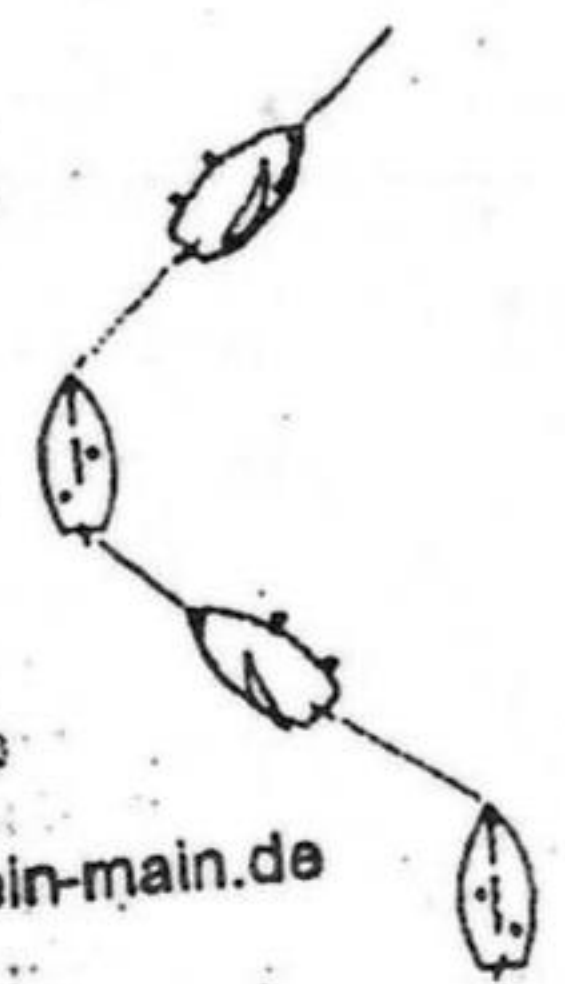
Bitte meldet Euch bald verbindlich an, Ihr erhaltet dann eine Bestätigung mit Anreisebeschreibung usw.

Anmeldung und Rückfragen an:

DGB-Jugendbildungsstätte
Kathy Seewald
Magdeburger Str. 69
36037 Fulda

Tel: 0661/ 603375
Fax: 0661/ 602422

e-mail: BildungFD@Link-F.rhein-main.de



Freitag, 25.04.

Soliparty für die Regenbogenfabrik, Lausitzer Str.22, 20 Uhr, 7 Mark:
Judiths Krise (Berl.Frauenchor), KGB (Kreuzberger Gesangsbund), Nikos Läuse
(Percussionsband) danach Party!

Weiterhin jede Woche:

Protestkundgebungen gegen Ausgrenzungen, Sicherheitswahn und Privatisierungen

im Rahmen der Innen-Stadt-Aktion.

Jeweils Freitags ab 16.00 Uhr am Breitscheidplatz.

Diese Woche (am 25.4.) wird es um das Thema Mobilität bzw. Mobilitäts-
behinderung für Flüchtlinge, Behinderte, SozialhilfeempfängerInnen und
andere Menschen gehen.

Freitag 25.4.

VERANSTALTUNG ZUM REVOLUTIONÄREN 1.MAI

Ausstellung zur Geschichte des 1.Mai
mit Film, Berichten, Bildern, Essen
Die Schopenhauers - Lieder aus der FDJ -
Singebewegung
und anschl. Tanzabend mit
Kristof u. Daniel im K.O.B. Potsdamerstr.158

Der Papst kommt nach Polen und die Rechtsextremisten wollen die Anti-
Papst Aktionen verhindern. Es gibt viele Ideen, auch in Berlin etwas zu machen.

Wir treffen uns am 25.04.97 um 20 Uhr in Babylonia, Cuvrystr.20-23.

10997 Berlin-Kreuzberg..

Sonntag, 27.04.

Videofilm "Die revolutionäre 1.Mai Demo 1987"
19 Uhr im Drugstore, Potsdamerstr.180, UBhf. Kleistpark

Frauen Lesben Infoladen im Mafalda, Kreuzstr.29, 28203 Bremen
Sonntagscafe mit Filmen und Veranstaltungen: Cafe 15 Uhr; 27.4. Film Jirana
(kurdische Frauen erzählen) und Veranstaltung zu Kurdistan

Montag, 28.04.

Konzert und Infoveranstaltung: 60 Jahre Bombardierung Gernikas und Antimilitarismus
im Baskenland; 19 Uhr im Cafe Größenwahn, Kinzigstr.9, UBhf. Samariterstr.

Stadtteilladen Zielona Gora; Grünbergerstr.73: Treffen für Aktionen gegen die
Invasion in Albanien und die Kampagne gegen albanische Flüchtlinge

Medienprojekte in SO 36 suchen weiteres Projekt für ihre Fabriketage.
Miete ca.500,-. Bei Interesse bitte 6188002 anrufen.

Spendenaufuf

Nach zweijähriger Verhandlungsdauer endete im November 1996 der
Prozeß gegen Birgit Högfeld mit einem Lebenslänglich-Urteil. Der 5.
Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes Frankfurt hat außerdem die
„besondere Schwere der Schuld“ festgestellt, um die Haftdauer über 15
Jahre hinaus festzuschreiben.

Es muß endlich aufhören, daß Bundesanwaltschaft und Staatsschutz-senate
willkürlich und ihren eigenen Gesetzen zuwider handelnd Anklagen und
Verurteilungen durchpeitschen können.

Die Verteidigung hat gegen dieses Urteil Revision eingelegt. Für den Fall
der Zurückweisung ist eine Klage beim Europäischen Gerichtshof
beabsichtigt. Wir wenden uns an Euch, weil für die Finanzierung des
Revisionsverfahrens Geld benötigt wird und bitten daher um eine Spende.
Bitte spendet auf das Konto der Bunten Hilfe Frankfurt:

Sonderkonto V.Luley, Konto-Nr. 16072-603, Postgiroamt Frankfurt,
BLZ 500 100 60, Stichwort: Revision

Unterstützt das Hüttendorf gegen die A20
Peenestr., 17506 Breechen
Spendenkonto: Hüttendorf Sparkasse Schwerin
BLZ 14051462; KtoNr 37003337

frauen lesben mädchen
gegen gewalt gegen
frauen lesben mädchen

walpurgisnacht



30.4.1997

demo 18 uhr

sophie-charlotte-platz
(u-bhf sophie-charlotte-platz)

party 20 uhr

alte tu-mensa
hardenbergstr. 35
(u-bhf ernst-reuter-platz)

demoroute:
sophie-charlotte-platz, windscheidstr., kantstr., leibnitzstr.,
ku-damm, knesebeckstr. (savignyplatz), ernst-reuter-platz

*Ganzes Land
gehört
mit*



1. MAI

DEMO • 1. Mai 1997 • 13 Uhr
U-Bahnhof
Rosa-Luxemburg-Platz • Berlin